

# Arbeiter-Zeitung

Erzählt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Besuchspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Einbezug 2,50 M. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Wärmestrecke oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Reklamepreis: Die dreispaltige Wärmestrecke oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss des Inseraten-Nachtrags in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 580 39. **Postfach:** Breslau 544. **Redaktion:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 37. **Spiegel:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 37. **Spiegel:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 37. **Spiegel:** Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 37.

## Gingeständnis des Arbeiterverrats!

### Was die Breslauer „Volkswacht“ zu den Koalitionsverhandlungen sagt

Breslau, den 15. Juni.

Die Breslauer „Volkswacht“ ist unter den sozialdemokratischen Zeitungen Schlesiens und Oberschlesiens diejenige, die am unmittelbarsten unter dem Druck mittrauig gewordenen sozialdemokratischen Arbeiter steht. Ihr neuer politischer Leiter, Kranold, mimt deshalb hin und wieder einmal eine billige „Opposition“, um desto leichter bei der nächsten Gelegenheit die Sache des Parteivorstandes vertreten zu können.

Immerhin stellt er in seinem gestrigen Kommentar zur Regierungsfrage einige Tatsachen fest, die ein glattes Eingeständnis der absolut verderblichen Haltung der Sozialdemokratie sind. Wohlgerne: Kranold ist Anhänger der Koalitionspolitik. Er ist sogar für die Große Koalition. Aber er fühlt den Druck der oppositionellen Breslauer Arbeiter und möchte den Koalitionskurs etwas vorsichtiger, etwas geschickter durchgeführt sehen wissen. Aber die Kritik der Methode der Koalitionspolitik wird, ohne daß Kranold es will, zu einer vernichtenden Beurteilung der Koalitionspolitik überhaupt.

Was sagt nun die „Volkswacht“? Sie schreibt: „Nachdem die leitenden Parteinstanzen alle Warnungen derjenigen, die es für nötig hielten, zunächst ein Mindestprogramm für die Regierungsverhandlungen aufzustellen und einen Parteitag zusammenzubekommen, um in ihm endgültig zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen, in den Wind geschlagen haben, nachdem nun auch noch die Reichstagsfraktion Hermann Müller bei den Verhandlungen zur Regierungsabklärung völlig freie Hand gelassen hat, drehen die anderen Parteien, mit denen wir verhandeln, den Spieß um und stellen ihrerseits Mindestforderungen auf, deren Annahme durch die Sozialdemokratie sie als unbedingte Voraussetzung für ihre Regierungsteilnahme bezeichnen, und eine von diesen Parteien, die Deutsche Volkspartei, fast jetzt sogar einen Beschluß, nach dem sie in die Reichsregierung nur hineingeht, wenn sie auch gleichzeitig in die preussische Regierung aufgenommen wird. Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß es durch die ungeschickte Taktik unserer leitenden Parteinstanzen nun glücklich dahin gekommen ist, daß nicht entsprechend dem Wahlergebnis wir unsere Bedingungen stellen für die Bildung der Regierung und daß die Regierungsbildung unter dem Zeichen unserer Forderungen aussteht, sondern daß umgekehrt die anderen, die als Partner in Aussicht genommen sind, ihrerseits versuchen, der Sozialdemokratie Vorschriften zu machen.“

Für die „Volkswacht“ ist diese Lage also nur eine Folge der „ungeschickten Taktik“ der Reichstagsfraktion. Nun hat sie ja insofern recht, als die Politik der „Sieger“ vom 20. Mai von einer geradezu erschütternden Doppelmöglichkeit ist. Aber die letzten Ursachen liegen natürlich tiefer, liegen im Wesen der Koalitionspolitik selber. Denn daß die bürgerlichen Parteien vor der Regierungsbildung Forderungen stellen, ist ja doch nur der Ausdruck der Tatsache, daß sie diese nach der Regierungsbildung innerhalb der Regierung durchsetzen wollen. Wenn deshalb die „Volkswacht“ schreibt:

„Dieselbe entscheidene Absage müssen übrigens unsere Unterhändler auch den in den vorstehenden Meldungen wiedergegebenen sachlichen Mindestforderungen der Volkspartei und des Zentrums entgegensetzen. Insbesondere die Forderungen der Volkspartei sind für uns ganz unannehmbar. Dasselbe gilt für die Zentrumsforderungen.“

— wenn die „Volkswacht“ das entrüstet fordert, so wäre es gut, sie hätte sich auch darüber geäußert, ob diese „entschiedene Absage“ auch für die in der gleichen Richtung liegenden Forderungen der demnach stehenden Koalitionsfreunde gilt? Ob sie glaubt, daß Zentrum und Volkspartei auf deren Durchsetzung in der Regierung etwa verzichten werden?

Darüber schweigt Albert Kranold aber. Sein ganzer Artikel ist trotz mancher scharfen Feststellungen schließlich doch nichts mehr als eine Spiegelschere. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich beim Lesen des Kranold'schen Artikels gewiß fragen, ob es nicht weit gefährlicher sei, die Zentrums- und Volksparteiminister zur Durchsetzung ihrer Forderung in die Regierung hineinzuholen.

Die Koalitionsfrage, um die Kranold herumgeht, wie eine Frage um den heißen Brei, wurde aber vor einigen Tagen in

der sozialdemokratischen „Pauener Volkszeitung“ von einem sozialdemokratischen Funktionär, Albert Bösch, aus Kaufsgrün, gestellt. Auch Bösch will nur parlamentarische Opposition und nicht etwa revolutionären Klassenkampf. Aber dieser keine Funktionär aus der Organisation spiegelt doch die Stimmungen der Mitgliedschaft wieder und sagt klarer und

offener als die großen zentralistischen Helden, was die Politik bedeutet, auf die seine Partei sich festgelegt hat. Er schreibt:

„Haben wir Veranlassung, zu glauben, daß wir durch ein Mitregieren dem reaktionären Bürgertum Forderungen abringen können, die für das Proletariat von großer Tragweite sind, sei es auf irgendeinem anderen Gebiete? Wir sagen nein und abermals

## Wahl des Reichstagspräsidiums

### Sozialdemokraten verhindern Wahl eines Kommunisten

(Fig. Drahtb.) Berlin, 15. Juni 1928.

Die drei Stunden der gestrigen Reichstagsitzung wurden reiflos mit den Wahlen zum Präsidium ausgefüllt. Die Geburtswehen der Hermann Müller'schen Großen Koalitionsregierung gaben diesen Wahlen bereits ein charakteristisches Gepräge. Gar zu gern hätten die Sozialdemokraten ein sogenanntes Weimarer Präsidium zusammengeschoben. Aber die vielumworbenen Koalitionsauftritte von der Deutschen Volkspartei können, der neuen Vermittlung zu Gefallen, ihre Liebesheute mit den Deutschnationalen nicht so schnell vergessen. Sie machten einen regiewidrigen Seiten sprung, indem sie für den 3. Vizepräsidenten den deutschnationalen Graef (!) vorschlugen. Die SPD. aber trampelte wieder einmal ihre gepriesene Parlamentärsdemokratie, dem Regierungsschacher zuliebe, mit Füßen und verhalf durch ihren Abstimmungsentscheid dem Stahlhelmer gegen den Kommunisten zu dieser Würde, obwohl der SPD. nach altem Reichstagsbrauch gemäß ihrer Fraktionsstärke dieser Posten zustand. „Konzeption der Großen Koalition an den Stahlhelm“ erscholl es von den kommunistischen Bänken. In der Tat dürfte Herr Graf im neuen Reichstagspräsidium die Rolle des Müllers weiter nach rechts hin ausfüllen. Auch die stürmische Beglückwünschung des wieder zum 1. Präsidenten gewählten Herrn Lobe durch den Bürgerblockkanzler a. D. — minutenlang sah es aus, als wolle Marx Lobes schwierige Rechte ausreichen — dürften im Sinne der Fortsetzung der Bürgerblockpolitik gewertet werden.

Im Parkett aber rutschen noch vorläufig Hermann Müller und Karl Severing in schwerer zu bemerksamer Unruhe auf ihrem für höhere Regionen bestimmten Holzboden herum. Philipp Scheidemann, der Vielbekannte, versucht inzwischen durch weise Belehrungen ihr Lampenfieber zu dämpfen. — Im übrigen gehen die Zettelwahlen in föhlicher Langeweile vor sich; die Tribünenbesucher sehen sich abermals um eine erwartete Sensation betrogen. Nur gegen Schluß wird es einen Moment lang lebhaft, als ein Arbeitsloser die Rot der Rationalisierungssopfer in den Saal schleuderte. Die Rechte antwortet mit wiederholtem Gelächter, während der Demonstrant von den Dienern aus dem Saal geführt wird.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion verlas der Genosse Stoeker bei der Präsidentenwahl folgende

### Erklärung!

Die kommunistische Reichstagsfraktion erhebt als vierstärkste Fraktion Anspruch auf den dritten Vizepräsidentenposten und schlägt dafür den Abgeordneten Gesche vor.

Gegenüber den Versuchen der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit, unserer Fraktion diesen Anspruch mit oder ohne Bedingungen freitig zu machen, erklären wir:

Die sozialdemokratische Fraktion hat entgegen ihrer früheren Praxis die Zustimmung zur Wahl unseres Kandidaten davon abhängig gemacht, daß unsere Fraktion für die Vorschläge der anderen Parteien zum Posten des Präsidenten und der Vizepräsidenten stimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Mai 1924 den Anspruch der Deutschnationalen, der damals stärksten Fraktion, auf den Präsidentenposten bestritten und ausdrücklich einen Gegenkandidaten nominiert. Bei der Konstituierung des letzten Reichstags im Januar 1925 haben die Deutschnationale und Deutsche Volkspartei den Anspruch der Sozialdemokraten, der damals stärksten Fraktion, auf den Präsidentenposten bestritten und Gegenkandidaten aufgestellt. Dennoch erntete die sozialdemokratische Fraktion damals den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf den dritten Vizepräsidentenposten an und

stimmte für ihn. Heute aber bestreitet sie aus Koalitionsrücksichten der kommunistischen Fraktion gegenüber einen solchen Anspruch.

Die Deutsche Volkspartei hat gestern offiziell erklärt, daß sie den Anspruch unserer Fraktion auf den Vizepräsidentenposten bestreitet, daß für sie diese Frage keine Frage der Geschäftsordnung, sondern eine politische Frage ist.

Die kommunistische Fraktion wird in dieser Situation den Vorschlägen der übrigen Parteien zur Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten aus Protest demonstrativ eigene Vorschläge entgegenstellen.

Wenn die kommunistische Fraktion ihren Anspruch auf den dritten Vizepräsidentenposten erhebt, so weil sie durch ihren Wahlerfolg zu diesem Anspruch politisch berechtigt ist und um auch diesen Posten zum Kampfe für die Interessen der werktätigen Massen und zum Schutze der Redefreiheit, zur Sicherung der Rechte der Minderheit auszunutzen.

Die Wahl des ersten Präsidenten erfolgt durch Stimmgeld. Lobe wird mit 318 Stimmen gewählt. Genosse Thälmann erhält 46 Stimmen. Lobe dankt für seine Wahl mit einem verbindlichen Schwur, indem er unter anderem sich als Aufgabe Wahrung der Parlamentswürde und Revision der Geschäftsordnung stellt. Gegen den Deutschnationalen Graf wird dann der Zentrumsmann Esser als Vizepräsident gewählt. Zweiter Vizepräsident wird der Volksparteiler v. Kardorff.

Bei der Wahl zum dritten Vizepräsidenten schlägt der Volksparteiler den Deutschnationalen Graf vor. Die Demokraten schlagen Frau Dr. Bäumer vor, während Genosse Stoeker den Genossen Gesche in Vorschlag bringt. Der Sozialdemokrat Dittmann erklärt, daß seine Partei für den demokratischen Vorschlag stimmen würde. Im ersten Wahlgang erhalten: Graf 190, Bäumer 150, Gesche 54 Stimmen, ungültig 22. Und demnach müssen auch ein halbes Duzend Sozialdemokraten für den Genossen Gesche gestimmt haben. Bei der Stichwahl wird dann der Deutschnationale Graf gewählt. Dann wird die Wahl der zwölf Schriftführer in einem Wahlgang vorgenommen.

**Der kommunistische Auflösungsantrag in Sachsen abgelehnt.** — II. Dresden, 14. Juni. Im Sächsischen Landtag wurde am heutigen Donnerstag der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages nach der üblichen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Rednern gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

**Der neue Bayerische Landtag auf den 21. Juni einberufen.** — II. München, 13. Juni. Der neue Bayerische Landtag ist auf Donnerstag, den 21. Juni einberufen worden. Am heutigen Mittwoch hat als erste die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei eine Sitzung abgehalten, auf der Abgeordneter Dr. Hilper zum Fraktionsvorsitzenden wiedergewählt wurde.

**Wieder ein Flugzeugunglück.** — II. Frankfurt a. M., 14. Juni. Ein am Donnerstag um 10,15 Uhr auf dem hiesigen Flugplatz in Richtung nach der Schweiz aufgestiegenes Flugzeug der schweizerischen Luftverkehrsgesellschaft „Ab Astra“ wurde bei Niederrad durch einen Wirbelsturm zur Notlandung gezwungen. Hierbei ist der Apparat stark beschädigt worden. Der Flugzeugführer und drei Fluggäste wurden verletzt. Außerdem wurden bei der Landung drei Knaben, die sich auf dem Schulwege befanden, verletzt. Die Verletzten sind dem Krankenhaus zugeführt worden.

# SPD.-Müller verhandelt weiter

## Er schludt die Bedingungen

(Fig. Drahtb.) Berlin, 15. Juni.

In Fortsetzung der Einzelbesprechungen über die Regierungs-  
abklärung fand gestern vormittag eine gemeinsame Verhandlung  
der Fraktionssührer sämtlicher für die zukünftige Koalition  
in Betracht kommenden Parteien unter Leitung von Hermann Müller  
statt. Die Konferenz soll am Nachmittag fortgesetzt werden. Es  
nehmen an der Konferenz teil: SPD., Zentrum, Demokraten, Volk-  
partei und Bayerische Volkspartei.

Gestern mittag hatte Müller-Franken mit dem preussischen  
Ministerpräsidenten Braun eine Unterredung, in der Müller-Franken  
Braun die Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Um-  
bildung der preussischen Regierung mitteilte. Der preussische Minister-  
präsident hielt sich kühl zurück. Er hat erklärt, daß er aus staats-  
politischen Gründen keine Erklärung abgeben könne, daß es eine De-  
gradierung des preussischen Staates bedeute, wenn die preussische Re-  
gierungsabklärung von dem Einfluß der Parteien im Reichstag ab-  
hängig gemacht werden würde. In Wahrheit haben die Sozialdemo-  
kraten, wie die bürgerliche Presse meldet, der Volkspartei gegenüber  
keinen Zweifel gelassen, daß sie den ersten Willen haben, auch in  
Preußen die Große Koalition herbeizuführen. Die Parteien werden  
mit ihren preussischen Fraktionen in Verbindung treten und die For-  
derung der Volkspartei wird selbstverständlich erfüllt werden.  
Die Erweiterung der Regierung nach rechts, auch in Preußen, ist

nicht die einzige Forderung der Volkspartei, die die Sozialdemokraten  
schließen. Die Volkspartei hat noch Wünsche in der Frage des Ein-  
kommensteuertarifs, der Arbeitszeit, der Land-  
wirtschaftshilfe, bezüglich des Wehretats und verlangt  
unter anderem auch die Kesselung des neuen Panzerkreuzers. Über  
alle diese Forderungen hält die Deutsche Volkspartei nach wie vor  
bestimmte Zusagen für notwendig. Die bürgerliche Presse hofft, daß  
das alles aber kaum ernsthaftes Schwierigkeiten bieten wird. So ver-  
langt die Volkspartei auch eine Garantie, daß der Staatssekretär Joel  
dem Reichsjustizministerium erhalten bleibt.

Die Wirtschaftspartei hat Müller-Franken mitgeteilt, daß  
sie grundsätzlich zur Teilnahme an der Koalition bereit sei, zur Fest-  
legung ihrer Forderungen trat sie gestern nachmittag zusammen.

## Müller-Franken holt bei Dr. Stresemann Rat

21. Berlin, 14. Juni. Im Anschluß an die Sitzung der  
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion begab sich der Abgeordnete  
Müller-Franken zum Reichsaussenminister Dr. Stresemann, um mit  
ihm eine Besprechung über den gegenwärtigen Stand der Regierungs-  
abklärung abzuhalten.

neln! ... Das falsche Bürgerertum deutet nicht im  
entferntesten daran, eine seiner Machtpositionen  
in der Republik aufzugeben. Im Gegenteil, das Bürger-  
tum wird verjüngt, durch Schwächung der Sozialdemokratie seine  
Macht noch mehr zu festigen... Wir erinnern dabei nur an die  
bitteren Erfahrungen des Jahres 1923. Wir als Funktionäre der  
Partei, die hauptsächlich nur die Kleinarbeit zu leisten haben, wissen  
ganz genau, daß die Wählermassen, die am 30. Mai der Sozial-  
demokratie ihre Stimme gegeben haben, nicht für eine Koalition  
zu haben sind... Vergessen wir es doch nicht: unser Wahlerfolg  
ist nicht zurückzuführen auf eine Koalitionspolitik, sondern ist der  
Ergebnis unserer Opposition im Reichstag... Sozialdemokraten in  
einer Regierung aber mit den größten Klassenfeinden des Prole-  
tariats, der Schwerindustriellen Volkspartei und dem schulentfernten  
Zentrum, müssen unserer Partei und dem ge-  
samten deutschen Proletariat schweren Schaden  
ausfügen."

Das ist die Stimme der kleinen sozialdemokratischen Funk-  
tionäre, aber sie kann und darf in der SPD. kein Gehör finden,  
denn für die bürgerliche Arbeiterpartei gibt es keinen anderen  
Weg, als den, den der Parteivorstand geht, zusammen mit  
den „größten Klassenfeinden des Proletariats“... zum schweren  
Schaden des gesamten deutschen Proletariats."

## Brauns, Hermann Müller, der „Deutsche“ und die „Volkswacht“

In dem bereits oben erwähnten Artikel schreibt die Breslauer  
sozialdemokratische „Volkswacht“ ferner:

„Endlich halten wir es für einen Fehler, daß Hermann Müller  
den bisherigen Reichsarbeitsminister Brauns gebeten hat, im  
Amt zu bleiben. Nicht nur, daß die Arbeiterschaft nach den Er-  
fahrungen des letzten Jahres das tiefste Mißtrauen gegen diesen  
Vater des Bürgerblocks und einer ganz sozial-  
reaktionären Schlichtungspolitik empfindet, die  
Partei kommt dadurch auch in eine unmögliche Lage, da sie seit  
Jahren auf energischste gegen diesen Mann gekämpft hat. Hermann  
Müller hat denn auch seine Duldung vom Zentrum schon erhalten.  
Der „Deutsche“, das Blatt Stegerwalds, hält ihm bereits vor:  
„Es ist offenbar: Die sozialdemokratische Führung hält den jetzigen  
Arbeitsminister für durchaus brauchbar und sozial zuverlässig,  
andernfalls wäre das Bemühen, ihn als Minister zu halten, glatter  
Arbeiterverrat. Offenbar ist damit aber auch, daß die Sozialdemo-  
kratie den Arbeitsminister bisher lediglich aus rein agitatorischen  
Gründen so arg in Mißkredit brachte.“ Das Blatt schlägt dem  
Arbeitsminister vor, sich von der SPD. die Zustimmung geben zu  
lassen, daß er, bzw. seine Tätigkeit künftig gerechter und weniger  
demagogisch beurteilt werden würde. Im übrigen sei das Erfuchen  
der Sozialdemokratie an Dr. Brauns, auf seinem Posten zu ver-  
bleiben, eine glänzende Rechtfertigung seiner Politik und diese Rech-  
tfertigung übertrage sich auch auf die Gruppen, die den Arbeits-  
minister gekippt hätten.

Nun, was will Hermann Müller darauf erwidern?"

Soweit die „Volkswacht“. Auch wir fragen: Was haben die  
sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder zu einer Koalition Müller-Brauns zu  
sagen? Gibt es ein besseres Eingeständnis der Scheinopposition der  
Sozialdemokratie als die Tatsache, daß sie jetzt mit dem scharfma-  
schinischen Arbeitsminister des Bürgerblocks weiter zusammenarbeiten  
will?

## Kommunistisches Mißtrauensvotum im Preussischen Landtag abgelehnt

Die Deutschnationalen fordern Abbau der Wohnungs-  
zwangswirtschaft

(Fig. Drahtb.) Berlin, 15. Juni.

Der Eintritt in die Tagesordnung der Donnerstagssitzung wird  
der sofortigen Überweisung des nationalsozialistischen Antrages auf  
Aufhebung des Redewerks für Müller an den Hauptauschuß von  
den Sozialdemokraten widersprochen. Darauf wird die Beratung der  
Anträge über die Paragrafenentlastungen und die Stilllegung von  
Bächen fortgesetzt.

Langger-Oberhausen (D. Vp.) erklärt, man könne nicht vom  
deutschen Volk verlangen, daß er ohne Gewinn arbeiten soll!  
Hartmann (Dem.) fragt, ob man mit den Entlassungen nicht  
schon etwas zu radikal vorgegangen sei.

Der Landtag unterbrach dann die Besprechung der Bergwerks-  
fragen und nahm die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen  
die preussische Staatsregierung vor. Zunächst wurde über das  
kommunistische Mißtrauensvotum abgestimmt. Dafür  
stimmten außer den Antragstellern die Deutschnationalen, die Deutsche  
Fraktion, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten, während  
sich die Deutsche Volkspartei der Stimme enthielt. Das kommuni-  
stische Mißtrauensvotum wurde mit 222 gegen 168 Stimmen bei  
33 Enthaltungen abgelehnt.

Nach den Abstimmungen wird die Aussprache über die Berg-  
werkstragen fortgesetzt. Die Anträge werden dem Handelsauschuß  
überwiesen.

Es folgt die Beratung eines kommunistischen Ur-  
antrags, der sich mit dem Streit der Schiffer und  
Hafenarbeiter des Rheinstromes beschäftigt und das Staats-  
ministerium ersucht, die Politik aus den Streitgebieten zurück-  
zuführen und bei der Reichsregierung dafür zu wirken, daß eine Ver-  
bindlichkeitsklärung bis am 4. Juni gefällten Schiedsgerichts nicht  
erfolgt. Nach kurzer Beratung wird der Antrag gegen mehrere Ge-  
neßen abgelehnt.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ersucht in einem  
im Preussischen Landtag eingebrachten Antrag das Staats-  
ministerium, einen weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft  
vorzunehmen. (1)

## Vertagung des Preussischen Landtags

21. Berlin, 14. Juni. Der Preussische Landtag hat sich am  
Donnerstag auf Dienstag, den 10. Juli, vertagt.

## Die russische Hilfe für Kobilie

21. Rom, 15. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird,  
ist der russische Gesandte „Malygin“ am Donnerstagabend in  
Koblenz eingetroffen, wo er nun gelobt und den Flieger  
Fabuschkin an Bord genommen hat. Am 16. Juni soll der  
Gesandte nach der Insel Sozuz auslaufen, von wo aus Fabuschkin  
mit dem Junkerflugzeug zur Suche nach Kobilie aufsteigen wird.

# Amnestieantrag im Reichstag

## Die erste Forderung der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag  
Stoedter, Alexander und Genossen eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die  
verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:  
Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit  
Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zu-  
stimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

### § 1.

Es wird Straferlass gewährt für die zur Zeit des Inkraft-  
tretens dieses Gesetzes noch nicht verbühten Strafen, die von Gerichten  
des Reiches und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die  
aus politischen Beweggründen begangen worden sind.

Als politische Handlungen im Sinne dieses Gesetzes gelten auch  
Straftaten, die im Zusammenhang mit politischen oder  
wirtschaftlichen Kämpfen stehen.

Der Straferlass erstreckt sich auf Nebenstrafen, Sicherungsmaß-  
nahmen, restliche Geldbußen und Kosten.

Straferlasse, die im § 1, Absatz 1, genannte Ver-  
urteilungen betreffen, sind in den Strafregistern von Amts wegen zu  
löschen; der Verurteilte ist von der Lösung in Kenntnis zu setzen.

### § 2.

Anhängige Verfahren wegen der in § 1, Absatz 1, genannten  
Straftaten werden eingestellt. Neue Verfahren werden nicht  
eingeleitet, soweit sie sich auf Handlungen beziehen, die vor  
dem 13. Juni 1928 begangen worden sind.

### § 3.

Ausgeschlossen von dieser Straffreiheit sind nur Personen,  
die sich an den Mordtaten oder Mordverschwörungen der Schwar-  
zen Reichswehr, der Organisation Consul, Rohrbach und  
der bayrischen Einwohnerwehr und der Neben- und Hilfs-  
organisationen der vorgenannten Verbände als Täter, Anstifter,  
Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben.

### § 4.

Wird dem Verurteilten oder Beschuldigten von der Strafvoll-  
streckungsbehörde oder den Gerichten die Amnestie verweigert, so steht

den Betroffenen die Anrufung eines Amnestieausschusses  
zu. Es wird ein Amnestieausschuß aus Mitgliedern des Reichstages  
oder aus Personen gebildet, die auf Vorschlag der im Reichstag  
vertretenen Parteien berufen werden. Soweit die Zuständigkeit der  
Länder gegeben ist, wird der Ausschuß aus den Mitgliedern des  
betreffenden Landtages oder aus Personen gebildet, die auf Vor-  
schlag der in den Landtagen vertretenen Parteien berufen werden.  
Erklärt der Ausschuß die Voraussetzungen dieses Gesetzes in dem  
Besonderfall als erfüllt, so hat die Amnestie zu erfolgen.  
§ 5.

Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.  
Berlin, den 13. Juni 1928."

Außerdem wurde der weitere Antrag eingebracht:  
„Der Reichstag wolle beschließen: Die gegen den Reichstags-  
abgeordneten Rippenberger verhängt Haft wird für die Dauer  
der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Der Kampf der Kommunisten für die Amnestie der proletarischen  
Gefangenen stand im vergangenen Reichstag am Schluß der Aus-  
einandersetzungen. Der schmähliche Amnestieerrat der SPD., die den  
von ihrem Parteigenossen Kurt Rosenfeld mitausgearbeiteten Kom-  
promißantrag zu Fall brachte, sorgte dafür, daß während des Wahl-  
kampfes die proletarischen Gefangenen nicht in den Reihen der SPD.  
wirken konnten.

Im neuen Reichstag gilt die erste Handlung der Kommunisten  
der Fortsetzung ihres Kampfes für die Vollamnestie der proletarischen  
Gefangenen. Der Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion  
kommt den Sozialdemokraten nicht gerade gelegen. Sie haben  
„Wichtigeres“ zu tun: sie kühn handeln um die Ministerposten der  
Großen Koalition. Was schert sie das Schicksal der prole-  
tarischen Gefangenen?

Aber die kommunistische Reichstagsfraktion wird  
den bürgerlichen und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten  
klarzumachen wissen, daß die breiten Massen des arbeitenden Volkes  
einheitslich und leidenschaftlich die Amnestie fordern!

## Kommunistischer Reichstagsantrag für die Unwetter-Geschädigten

(Fig. Drahtb.) Berlin, 15. Juni.

Die kommunistische Reichstagsfraktion stellt folgenden Antrag:  
Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung  
zu ersuchen, für die in den von Hochwasser, Unwettern und Frost-  
schäden heimgesuchten Gebieten, insbesondere in Schlesien, Ost-  
preußen, Pommern und den Weinbaugebieten des Westens und  
Südens anfalligen mittleren und kleinen Landwirte, Winzer und  
sonstigen wirtschaftlichen Besitzer und kleinen Pächter sofort folgende Hilfs-  
maßnahmen einzuleiten:

1. Bereitstellung ausreichender Mittel, und zwar  
zunächst von mindestens zehn Millionen Mark, zur Gewährung von  
verlorenen Zuschüssen und zinslosen Krediten an die Geschädigten,  
um sie instandzusetzen, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, entstandene  
Schäden wieder gutzumachen, neues Inventar, Saatgut  
usw. zu beschaffen und den laufenden Verbindlichkeiten nachzukommen.
2. Gewährung billiger Kredite an die Konsumvereine  
und landwirtschaftlichen Genossenschaften, um diese  
instandzusetzen, der geschädigten wertvollen Bevölkerung die not-  
wendigen Vorkredite auf längere Zeit einzuräumen.
3. Anweisung an die Finanzämter, öffentlich-rechtliche Kredit-  
institute, Domänenverwaltungen und sonstige Stellen, die als Gläu-  
biger der Geschädigten in Frage kommen, damit diese die fälligen  
Steuern-, Zins- und Pachtsummen zunächst zinslos  
stünden und die endgültige Regelung abwarten.
4. Niederschlagung aller vor dem 1. April kontrahierten  
Steuern-, Zins- und Pachtsummen der geschädigten Kleinbesitzer und  
Kleinpächter mindestens bis zur vollen Höhe des entstandenen Sach-  
schadens.
5. Bildung von Geschädigten-Ausschüssen der  
arbeitenden Bevölkerung in den Notgebieten unter Hinzuziehung der  
wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Bauern und Klein-  
gewerbetreibenden mit der Aufgabe der Feststellung der Schäden, der  
Ansammlung von lokalen Hilfsplänen und der Kontrolle der Durch-  
führung der Nothilfe.
6. Soweit auf Deputatland angewiesene Landarbeiter  
in Not geraten sind, sind auch diese in die Hilfsaktion einzubeziehen.  
Die ihnen gewährten Summen sind dem Arbeitgeber als verzinsliche  
Darlehen anzurechnen.

7. Einwirkung auf die Landesregierungen, da-  
mit diese sich an der vom Reich eingeleiteten Notstandsaktion  
beteiligen und die notwendigen Durchführungsanweisungen sofort  
erlassen.

## Kleine politische Nachrichten

Sie lassen sich nicht mal in die Karten gucken! — Stuttgart,  
15. Juni. In dem Prozeß der Norma gegen die Liebs-Werke, der  
einen tiefen Einblick in die großindustrielle Korruption tun ließ, haben  
jetzt beide Parteien, auf höheren Druck hin, den Strafentwurf zurück-  
gezogen.

## Vom Tage

In Mosel bei Zwidau stießen ein Arbeiterzug und ein Güter-  
zug zusammen. Zwei Arbeiter wurden getötet, vier schwer  
verletzt.

In Leipzig wurde in einem sogenannten „Berzungs-  
prozeß“ gegen die Dortmunder Arbeiter Volk, Altenhenna und  
Zimmermann wegen Verbreitung der Zeitschrift „Schutzpolizei“ ver-  
handelt. Die beiden ersten wurden freigesprochen, Zimmermann  
erhielt ein Jahr drei Monate Zerstung.

Im Reichstag erschienen vorgestern und gestern zahlreiche  
Betriebsdelegationen, die die Forderung ihrer Belegschaft  
auf Amnestie überbrachten.

In Anhalt wurde eine Regierung der Weimarer  
Koalition gebildet.

Der italienische Gesandte in Belgrad hat eine neue  
Protestnote wegen der Steinwürfe gegen das italienische Konsulat in  
Sibenico überreicht.

In Peking wurde die Veranstaltung von Studenten-  
kundgebungen und Versammlungen sowie das Anleben von Plakaten  
berichtet.

# KGZ.-Resolution über die deutsche Frage

## 1. Die allgemeine Lage

Die monopolistische Entwicklung des deutschen Kapitalismus in den letzten Jahren, gefördert durch die rasche Konzentration der Produktionsmittel der entscheidenden Industrien in den Händen einiger gewaltiger Trusts und die damit verbundene Entwicklung der Unternehmerverbände, führt, besonders in der Periode der Rationalisierung, zu einer immer stärkeren Beherrschung des Staatsapparates durch das monopolistische Kapital. Dies äußert sich vor allem in einem verstärkten Eingreifen des Staatsapparates in die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse und führt zu einer größeren Beschränkung der Streikfreiheit (Zwangsschlichtungsverfahren, Streikverbot, Festsetzung der Gewerkschaften für Streikschäden). Auf jeden ersten Versuch der Arbeiterklasse, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, antwortet das monopolistische Kapital mit der Androhung und Durchführung der Auspekerung breiter Massen (Stilllegung der Hüttenindustrie, Mitteldeutscher Metallarbeiterkonflikt, Konflikt der Berliner Werkzeugmacher usw.).

Am Anfang des Konjunkturaufstieges nach der letzten großen Krise machte die Bourgeoisie, um die Arbeiterklasse von ernstlichen Kämpfen zur Verbesserung ihrer Lage abzuhalten und um die Abgilität zur besseren Ausnutzung der Konjunktur zu haben, scheinbar einige Zugeständnisse (nominelle Erhöhung des Lohnes usw.).

Infolge der Politik der reformistischen Führer vermochte das Proletariat die günstige Konjunktur des Jahres 1927 für die Hebung seiner Lebenslage nicht auszunutzen. Die Lage der breiten Arbeitermassen hat sich im allgemeinen verschlechtert. Bei unerbittlicher Leistungssteigerung und Verteuerung der Lebenskosten trat ein Sinken des Reallohnes ein bei gleichzeitiger Stabilisierung des Lebensniveaus der oberen Schicht der qualifizierten Arbeiter. Die Wohnspanne zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern hat sich beträchtlich vergrößert.

In der jüngsten Zeit setzt eine neue scharfe Unternehmeroffensive mit verstärkter Unterstützung des staatlichen Apparates oder Schlichtungsinstanzen ein; sie ist der direkte Ausdruck von gesteigerten Kampf, den die deutsche Bourgeoisie um die Erweiterung ihres Warenab Absatzes auf dem Weltmarkt führen muß. Das Bestreben der Unternehmer, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Industrie auf Rechnung der Arbeiterklasse zu steigern und alle mit der Durchführung des Dawesplanes verknüpften Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, findet seinen Ausdruck in der Forderung einer Herabsetzung der Löhne und einer Verlängerung der Arbeitszeit (Bauarbeiter — Ruhrbergbau usw.).

Trotz der Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die gegen den Klassenkampf gerichtet ist, ungeachtet ihres Eintretens für die Arbeitergemeinschaft der Klassen, für die Wirtschaftsdemokratie, für die Unterstützung der Politik der imperialistischen Bourgeoisie gegen die Aktionen der Arbeiterklasse, ganz besonders die des letzten Vierteljahres 1927, von einem bedeutenden Aufschwung des Klassenkampfes in einer Streikwelle, die bereits größere Massenaktionen der Arbeiterklasse auslöste (Bergarbeiter- und Metallarbeiterstreik in Mitteldeutschland usw.). Dieses aktive Auftreten der Arbeiterklasse fand einen besonders klaren Ausdruck in der Tatsache, daß die Arbeiter unter Initiative und Führung der Gewerkschaftsopposition größere Streikämpfe entgegen dem Willen der reformistischen Bürokratie, entgegen den Beschlüssen der Schlichtungsorgane und trotz des Streikverbots durchführten (Hochbäcker, Ruhr, Holzarbeiter-Berlin, Zimmerer-Chemnitz, Metallarbeiter-Solingen, Hafnarbeiter- und Textilarbeiter-Hamburg). Der Übergang der Arbeiterklasse von der Abwehr zur teilweise Offensive, die steigende Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse führt zu einer Steigerung des Einflusses der revolutionären Gewerkschaftsopposition sowie zur Eroberung weiterer Positionen in der Gewerkschaftsbewegung durch die Anhänger der KGZ.

## 2. Die Politik der reformistischen Führer

Die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung durch die Reformisten, die Sabotage der Kämpfe der Arbeiterklasse zwecks Ausnutzung der Konjunktur zur Verbesserung ihrer Lebenslage durch die Reformisten, deren planmäßige Zusammenarbeit mit den Vertretern der Trusts und Konzerne, mit dem Reichsarbeitsminister, im Reichswirtschaftsrat usw. und der direkten Zusammenarbeit mit den Unternehmerverbänden, ihre aktive Teilnahme an den staatlichen Schlichtungsorganen, ihre praktische Mithilfe am Zustandekommen des Arbeitszeitnotgesetzes — zeigen klar ihre enge Interessengemeinschaft mit der Bourgeoisie, das immer größere Hineinwachsen der Reformisten in den kapitalistischen Staatsapparat. Ihren Beitrag an den Interessen der Arbeiterklasse versuchen die reformistischen Führer mit „sozialistischer“ Umgängen von Jugendlichen zu verschleiern:

1. Rationalisierung der Produktion, Vervollkommnung der Technik, Besserung der Betriebsführung usw., die angeblich nicht nur die Konkurrenzfähigkeit steigern, die Preise herabsetzen, sondern auch Hunderttausenden von Proletariern Brot geben und sogar zum Sozialismus führen sollen, so sagen die Reformisten. Darum weitestgehende Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung. Tatsächlich aber hat die Rationalisierung die Preise auf dem inneren Markt erhöht, Hunderttausende von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß gestossen, denn selbst in der Zeit der größten Hochkonjunktur betrug das Heer der Arbeitslosen noch etwa 800 000. Die verstärkte Inanspruchnahme des neuen technischen Produktionsapparates bei stagnierender Konjunktur steigerte das Heer der Arbeitslosen wieder bis fast 2 Millionen. Die Erhöhung der Erwerbslosenziffer ist nur zum kleinsten Maße auf die Saison zurückzuführen.

2. Wirtschaftsdemokratie. Trotzdem die reformistische Gewerkschaftsbürokratie sich vollkommen bewußt ist, daß die Wirtschaftsdemokratie innerhalb des kapitalistischen Staates undurchführbar ist, versucht sie dennoch, der Arbeiterklasse vorzutäuschen, daß diese ein „Kampf“ für die Mitbestimmung der Arbeiterklasse an der Leitung der Wirtschaft, um die Kontrolle des Staates über den monopolistischen Kapitalismus, um Wirtschaftsräte sei; die Entwicklung des Genossenschaftswesens, die Errichtung von Arbeiterbanken und Genossenschaftsbetrieben führe in dieselbe Richtung. Die Wirtschaftsdemokratie ist der planmäßige Versuch der Erzeugung einer wirtschaftsfriedlichen Ideologie in den Köpfen der Arbeiter und der Umwandlung der Gewerkschaften in Organe der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. Unter dem Deckmantel der gewerkschaftlichen Neutralität haben die Reformisten den gewerkschaftlichen Apparat vollständig in den Dienst der Durchführung der sozialdemokratischen Politik gestellt.

Die Reformisten sagen, in der Krise kann man nicht kämpfen, man muß damit warten auf die Konjunktur. Aber sie haben auch in der günstigen Konjunkturperiode des Jahres 1927 mit ihrer Lohn- und Tarifpolitik die Interessen der Arbeiterklasse bei jeder Gelegenheit verraten (durch Abschluß langfristiger Tarifverträge, von Beträgen, in denen die Tariflöhne vielfach niedriger sind als die von den Arbeitern schon tatsächlich erreichten Löhne, durch Übernahme der Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes in die Tarifanträge, Anrufung des

staatlichen Schlichters, Unterwerfung unter die Schiedsprüche, Herbeiführung von Verbindlichkeitsverträgen, Fällung von Arbeitszeitnotgesetzen in die Tarifverträge, Anrufung des Schiedsprüchens durch sozialdemokratische Schlichter gegen die Arbeiterklasse usw.). Ihre ganze Politik in dieser Zeitperiode war darauf gerichtet, die Entfaltung des Klassenkampfes mit allen Mitteln zu verhindern.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1927 änderten die Reformisten unter dem Einfluß der veränderten Situation ihre verärräterische Taktik. Unter dem starken Druck der Arbeitermassen, die eine Abwehr des Vorstoßes der Bourgeoisie verlangten, um vom Bürgerblut ihre Anerkennung als Koalitionspartner durchzusetzen, traten die Reformisten an die Spitze von Streikämpfen (Köln-Metallarbeiterstreik, Streik der Arbeiter des mitteldeutschen Braunkohlenreviers usw.), in dem Bestreben, die Leitung der Arbeitskämpfe in ihren Händen zu behalten und um sie im entscheidenden Augenblick abzugeben zu können. Zu diesem Zweck haben die reformistischen Führer eine raffinierte Arbeitsteilung mit den staatlichen Schlichtungsinstanzen ausgedacht; einestheils ließen sie selbst in den Schlichtungsinstanzen, die die arbeiterfeindlichen Schiedsprüche fällen (Wissel, Brandt usw.), andererseits stellen sie sich unter dem Druck der Massen an die Spitze von Streiks und täuschen als Streikführer oft mit dem Mittel der Ablehnung solcher Schiedsprüche ein Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse vor, um dann im entscheidenden Augenblick vor der Verbindlichkeitsklärung zu kapitulieren und den Streik der Arbeiter im Interesse der Durchsetzung der Schiedsprüche abzuwürgen. Die sorgfältige Einschränkung der Streikfreiheit der Arbeiter ist im wesentlichen die Folge dieser verärräterischen Haltung der reformistischen Führer.

Die in dieser Periode von den Reformisten an den Tag gelegte Aktivität verfolgt jedoch noch das Ziel, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nach Möglichkeit eine gewisse Befreiung der Lage der Oberseite der qualifizierten Arbeiter durchzusetzen und aus dieser eine Trägerin ihrer Politik in der Arbeiterklasse zu machen.

Diese Taktik der faktischen Unterstützung, des Kapitals unter dem Deckmantel eines Kampfes um Arbeiterforderungen, die ganz besonders klar beim Streik der mitteldeutschen Metallarbeiter und beim Kampf der Berliner Werkzeugmacher in Erscheinung trat, kennzeichnet die gegenwärtige Feuchsel und das Doppelspiel der Politik der Reformisten. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat nicht in genügendem Maße verstanden, diese Täuschungsmanöver der Reformisten zu entlarven.

## 3. Kampf gegen die Ausschüsse und Spaltungsmassnahmen der Reformisten

Zur Sicherstellung ihrer den kapitalistischen Staat bejahenden und die kapitalistische Wirtschaft ausbauenden Politik und um die Entlarzung der verärräterischen Taktik der Reformisten und eine Ausdehnung der Wirtschaftskämpfe über den reformistischen Rahmen zu verhindern, maßregeln sie revolutionäre Funktionen, verhängt sie Redeverbote und Funktionsenthebungen, betreibt sie eine systematische Kampagne massenhafter Ausschüsse führender revolutionärer Funktionäre und greift zu einer direkten Provokation der Spaltung (Eisenbahner in Königsberg, Metallarbeiter in Remscheid, Hagen usw.).

Um ihre Positionen gegen den wachsenden Widerstand der Arbeiter gegen die reformistische Politik zu festigen, schränken die Reformisten seit Jahren die Demokratie in den Verbänden systematisch ein. Durch sorgfältige Verschlechterung der Statuten werden die Rechte der Mitglieder vermindert und die Abgewalt des reformistischen Apparates gesichert. Den Mitgliedern der Gewerkschaften und leider auch den Anhängern der KGZ, ist die Bedeutung dieses von den Reformisten bewußt herbeigeführten Zustandes nicht ganz klar geworden, darum fand bisher kein erster Kampf für die Demokratie in den Gewerkschaften statt.

Zur Abwehr und Verhinderung dieser reformistischen Massnahmen gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse ist die breiteste Massenmobilisierung in den Betrieben und den Gewerkschaften die erste Vorbedingung. Die oppositionellen Ausschüsse ausnutzen, um den Reformismus zu entlarven und die Massen für den Kampf um die Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes einzuführen. In der letzten Zeit wurde vielfach der Kampf gegen die Ausschüsse und Spaltungsmassnahmen der Reformisten vernachlässigt. Ausschüsse wurden sogar stillschweigend hingenommen. An der Befürchtung, ausgeschlossen zu werden und wegen nicht genügenden Verstandes des Unterchiedes der Politik der Reformisten und der Klassenlinie, stimmten Anhänger der KGZ, in einer Reihe von Fällen mit den Reformisten gegen ihre eigenen Kampfgenossen und gegen die Klassenlinie.

Das bedingungslose Hineinwachsen der Ausschüsse und der Spaltungspolitik als unvermeidbares Ergebnis des oppositionellen Kampfes in der Gewerkschaftsbewegung muß auf das schärfste bekämpft werden und als eine direkte Unterstützung des Reformismus betrachtet werden.

Nur der energische Kampf gegen die gesamte reformistische Politik und Praxis durch verbreitete und vertiefte Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, unter Ausnutzung aller Gewerkschaftsrechte, ist imstande, die Fortsetzung der reformistischen Ausschüsse und Spaltungspolitik zu erschweren.

## Die Politik der Anhänger der KGZ

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat nach dem Rückschlag, der der großen Niederlage von 1923/24 folgte, seit 1926 neue große Erfolge zu verzeichnen. In einer Reihe von Wirtschaftskämpfen gelang es der Opposition insofern ihres gesteigerten Einflusses, den Kampf erfolgreich weiterzuführen.

Ebenso sind Erfolge in der Schulung der revolutionären Gewerkschaften und in der Verbesserung der Arbeit unter den Erwerbslosen zu verzeichnen.

Die Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen zeigen im allgemeinen, trotz einiger Rückschläge, eine Verstärkung des oppositionellen Einflusses in den Gewerkschaften, ein stärkeres Einbringen in die unteren Positionen des Gewerkschaftsapparates. Auf den in den letzten anderthalb Jahren stattgefundenen Verhandlungen war die Opposition in erheblich stärkerem Maße vertreten als in den Jahren 1925 und 1926. Sowohl der Wiederaufbau des gewerkschaftlichen Funktionärapparates in den Betrieben, als auch die steigende Mitgliederzahl der Gewerkschaften sind in beträchtlichem Maße auf die Aktivität der revolutionären Gewerkschaftsopposition zurückzuführen.

Die Erfolge der Anhänger der KGZ, könnten bedeutend größer sein, wenn dieselben nicht eine Reihe von Fehlern gemacht hätten. Diese äußerten sich in der Unterabschätzung der Kampffähigkeit und des Kampfwillens der Massen, in der nicht genügenden Initiative zur Entfaltung von

Arbeitskämpfen, wodurch die Kampfbereitschaft der Massen gemindert wurde, in einer allzu gewerkschaftlichen Auffassung von den Wirtschaftskämpfen, in einem Verfehlen der großen politischen Bedeutung der Wirtschaftskämpfe in der Periode der relativen Stabilisierung, in einer allzu großen Neugierigkeit, Kämpfe der Arbeiterklasse auch gegen die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren.

Diese Fehler sind zu einem großen Teil zurückzuführen: 1. auf eine Unterabschätzung unserer Kräfteverhältnisse gegenüber den Reformisten; 2. auf eine falsch verstandene Einheitsfront taktik, die, anstatt die noch vorhandenen rückständigen reformistischen Psychologie, in den Massen zu bekämpfen und die sozialdemokratisch orientierten Arbeiter für die revolutionäre Politik zu gewinnen, sich deren Psychologie selbst anpaßt. Hieraus entspringt auch die von einigen Anhängern der KGZ, aufgestellte Lösung der Produktionskontrolle und der Rationalisierung bei Nichtvorhandensein einer gut revolutionären Situation, und die Tatsache, daß vielfach oppositionelle Funktionen mit den Sozialdemokraten gegen die Vorschläge der revolutionären Opposition stimmten oder eigene Vorschläge nicht einbrachten. Zum Teil entspringt das auch der Angst, die Position zu verlieren, und der nicht genügenden revolutionären Schulung der oppositionellen Funktionen, die dadurch der reformistischen Demagogie zum Opfer fielen.

Neben diesen Fehlern wurden eine Reihe Fehler anderer Art gemacht; diese sind: das Fehlen einer systematischen Vorbereitung der revolutionären Opposition für die Arbeitskämpfe, die Ueberhöhung einiger wirtschaftlicher Aktionen der Arbeiterklasse, die Aufstellung von Forderungen aus Grund einer Ueberhöhung unseres eigenen Einflusses in der Arbeiterklasse, die Ueber die Situation, nach der Stimmung der Arbeiterklasse entsprechen, eine Schematisierung einiger politischer Lösungen für sämtliche wirtschaftlichen Kämpfe. Manche Anhänger der KGZ, vergehen vielfach, daß in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus nicht jede Bewegung über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus zu einem allgemeinen politischen Kampf führt. Diese proklamieren daher häufig allgemeine politische propagandistische Lösungen, ohne in Betracht zu ziehen, daß jene mit den konkreten wirtschaftlichen Lösungen, mit denen der Streik begonnen hat, eng verbunden sein müssen und erst im Verlauf des sich entfaltenden Kampfes in den Vordergrund gerückt werden dürfen.

Diese Fehler waren eine Folge davon, daß die Bedingungen der revolutionären Opposition mit den Betrieben unzulänglich sind, daß die Verbindungen zwischen den revolutionären Arbeitern in den Betrieben und den Leitungen der Opposition ungenügend sind, was dazu führte, daß oft abstrakte Lösungen proklamiert werden, daß eine vorüberige Beratung der aufgestellten Forderungen mit den Betriebsfunktionären nicht stattfand, so daß diese sie nicht verwirklichen konnten. Deshalb hatte die Leitung der KGZ, auf die Durchführung der Streiks in diesen Fällen einen sehr geringen Einfluß, obwohl die Initiative zur Einleitung des Kampfes von den revolutionären Arbeitern ausgegangen war.

Außerordentliche Fehler wurden während des Hüttenarbeiterkonflikts in Rheinland-Westfalen gemacht. Trotzdem die Bewegung offensichtlich lange Monate hindurch herantastete, leisteten die Anhänger der KGZ, eine sehr mangelhafte Vorbereitung, es fehlte an einer andauernden systematischen politischen und organisatorischen Arbeit in den Betrieben. Was um so notwendiger gewesen wäre, als die organisatorische Schwäche der Opposition in den entscheidenden Großbetrieben bekannt war. Es fehlte die Zusammenfassung der Betriebsräte und die ständige Beratung mit den oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären. Es wurde nicht einmal eine genügende Vorbereitungsarbeit in der Opposition selbst durchgeführt. Darum standen in der entscheidenden Periode der Bewegung (bei der Stilllegungsandrohung, bei der Fällung des Schiedspruchs und dem offenen Verrat der Reformisten) die Anhänger der KGZ, hilflos den verärräterischen Massnahmen der Reformisten gegenüber.

Diese schweren organisatorischen Mängel und die nicht genügende Einstellung der Arbeitermassen zum Kampf hinderte ihre Mobilisierung zur Aufnahme des Kampfes.

Ungeachtet dieser Tatsache verließen die Anhänger der KGZ, im Ruhrgebiet in das andere Extrem und proklamierten die völlig in der Luft hängende Lösung des Generalkreiks, die Bildung von Aktionskomitees. Es liegt auf der Hand, daß dies kein Arbeiter ernst nahm und dies anstatt zu einer Entfaltung der Reformisten zu einer schwerwiegenden Schädigung des Einflusses der revolutionären Opposition in diesem Gebiet führte.

Zu den allgemeinen Ursachen der Unzulänglichkeit in der Arbeit der revolutionären Opposition gehört auch die ungenügende Schulung der lokalen Leitung der revolutionären Opposition, die ungenügende Kompetenz einiger Leiter von Provinzleitungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung, der häufige Wechsel der Leiter der revolutionären Opposition im Zentrum und an der Peripherie in den entsprechenden Industriezweigen, die nicht genügende Zusammenarbeit der Leitungen der Anhänger der KGZ, mit dem in verantwortlicher Gewerkschaftsopposition tätigen oppositionellen Funktionären, die nicht genügende Zusammenfassung und Zusammenarbeit der Anhänger der KGZ, in den Betrieben und Gewerkschaften auf der Grundlage der Initiative von unten und die nicht genügende planmäßige Ausnutzung der oppositionellen Positionen.

## 5. Die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland

Die wichtigste und entscheidende Aufgabe der revolutionären Opposition ist die Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihres Lebensniveaus, der mit den Endzielen des Proletariats zu verknüpfen ist. Die revolutionäre Opposition muß durch ihre sachliche und konkrete Arbeit und gestützt auf ihr konkretes Aktionsprogramm als wirkliche Führerin des Kampfes der Arbeiterklasse auftreten, als organisierende Kraft, um welche die Arbeiterklasse sich zum Kampf gegen den Reformismus und seine Vertreter sammelt, als diejenige Kraft, die befähigt ist, die Massen in der Eroberung der Gewerkschaften zum Sturz des Kapitalismus zu führen.

Die wichtigsten Punkte des Aktionsprogramms der revolutionären Gewerkschaftsopposition sind:

1. Kampf für eine allgemeine Erhöhung des Reallohnes gegen die weitere schädliche Differenzierung der Löhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
2. Festsetzung eines Mindestlohnes für Akkord- und Zeitlohnarbeiter, Verbot der Akkordarbeit bei Kleinhandarbeit;
3. Wiedereinsetzung des Achtstundentages für alle Arbeiter und des Siebenstundentages für die Arbeiter des Bergbaus und Jugendliche, Kampf für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit;
4. Weitgehender Ausbau des Arbeiterschutzes, soziale Jus

sorge für alle Lohn- und Gehaltsempfänger in allen Fällen der sozialen Gefährdung, auf Kosten der Unternehmer und der Verwaltung der Arbeiterkraft, wobei die Arbeiter von der Entlohnung irgend welcher Beiträge zu diesem Zwecke vollständig zu befreien sind, ausschließlich zweimöndlicher, gesetzlich garantierter Urlaub für alle Werktätigen, alljährlicher Monatsurlaub für Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Produktionszweigen und im Bergbau, wie auch für Frauen und Jugendliche.

5. Kampf gegen die Begrenzung der Rechte der Betriebsräte durch das Gesetz und die reformistische Praxis;

6. Schaffung von Industrieverbänden, Zusammenschluß der Verbände der ausschlaggebenden Industriezweige zu Kampfverbänden;

7. Ausbau der Betriebsrätebewegung, Zusammenfassung der Betriebsräte nach territorialem Prinzip, nach Industriezweigen, Kongressen und Trübsis. Die Anhänger der RGG, müssen die Eroberung der Betriebsräte, die die wichtigsten und entscheidenden Organe in den Betrieben, die Grundlage der kommenden Industrieverbände sind, als erste Aufgabe betrachten, Mobilisierung der Betriebsrätebewegung gegen die reaktionäre Politik der Gewerkschaftsbürokraten;

8. Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft, gegen die staatlichen Schlichtungsorgane, gegen die reformistische Schwächelung der Wirtschaftsdemokratie, der Kampf gegen das Schlichtungswesen ist gegenwärtig vor dem Ablauf seiner Gültigkeit, die Frage der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Das Aktionsprogramm ist eine allgemeine Richtlinie für die Arbeit der revolutionären Opposition. Jedoch dürfen die Lösungen dieses Programmes, das noch einer konkreten Ausarbeitung bedarf, keinesfalls als abstrakte Formeln in Anwendung gebracht werden. Sie sind stets an die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen, an die lokalen Bedingungen in den verschiedenen Industriegebieten und an die Bedingungen des gegebenen Augenblicks anzupassen.

Es hängt vollkommen von der Taktik der Opposition ab, in welchem Maße ihr Einfluß auf den Kampf der Arbeiterklasse entscheidend sein wird. In allen Kämpfen der Arbeiterklasse hat die Opposition danach zu streben, die Initiative zu ergreifen. Die Anhänger der RGG, müssen rechtzeitig vor der Kündigung eines Tarifvertrages oder vor dem Ablauf seiner Gültigkeit, oder bei zwischenzeitlichen Bewegungen ein sachliches Programm von Forderungen aufstellen, in dem sie alle Faktoren, die auf die Bewegung Einfluß nehmen können, berücksichtigen (Konkurrenzverhältnisse, Arbeiterverhältnisse, Stimmung der Arbeiterklasse, Organisationsverhältnis, Kräfteverhältnis zwischen Opposition und Reformisten und allgemeine Lage). Gleichzeitig hat die Gewerkschaftsopposition die Fragen zu studieren, die mit den Kämpfen der Arbeiter für eine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zur Zeit der Gültigkeit des Kollektivvertrages zusammenhängen und ihr praktisches Programm zu diesen Fragen auszuarbeiten.

Entgegen den Bestrebungen der Gewerkschaftsbürokratie, die Arbeiterklasse von der Ausfüllung der Forderungen, wie auch von der Festlegung der tatsächlichen Linie auszuschalten, hat die Opposition die Arbeitermassen von Anfang an in die Bewegung hineinzuziehen und in den Organisations- und Betriebsvereinigungen ihre sachlich begründeten Anträge einzubringen, gestützt auf konkretes Tatsachenmaterial, welches in dem betreffenden Betrieb oder Industriezweig gesammelt wurde. Sie muß den Arbeitern diese Forderungen zur Bewußtseinsfassung vorlegen. Von Anfang der Bewegung an ist eine energische und entschlossene Agitation gegen die Annullierung der Schlichtungsinstanzen, gegen deren Einmischung und gegen die Anerkennung ihrer Schiedsprüche einzuleiten.

Die vorbereitende Agitationsarbeit ist aufs engste mit der organisatorischen Vorbereitungsarbeit zu verknüpfen. Zu diesem Zweck ist eine intensive Werbearbeit für den Eintritt in die freien Gewerkschaften zu leisten und eine Kontrolle des Funktionärkörpers vor allem in den ausschlaggebenden Großbetrieben vorzunehmen und ein Kampf um die Erlegung der passiven reformistischen Elemente durch Klassenbewußte Arbeiter zu führen. Gleichzeitig müssen die organisatorischen Verbindungen der Opposition in den Betrieben erweitert werden durch Heranziehung aller mit der Opposition sympathisierenden Arbeiter.

Unter bestimmten Verhältnissen, unter welchen ein großzügiger Kampf und größere Aktionen nach Ansicht der Opposition notwendig sind, muß die Opposition mit aller Entschiedenheit Forderungen proklamieren, die Bildung von Streikkomitees, die von den Arbeitern in den Betrieben gewählt werden, fordern und organisieren und für die Wahl energischer, klassenbewußter Arbeiter als Mitglieder des Streikkomitees kämpfen. Ebenso ist die Wahl eines zentralen Streikkomitees zu fordern.

Die revolutionären Gewerkschafter dürfen niemals vergessen, daß die Reformisten stets danach streben, die Streiks auf einen engen Rahmen zu beschränken, um jede Möglichkeit einer Erweiterung des Klassenkampfes zu verhindern. Daher muß die Opposition die Arbeiterklasse ständig in größter Aktivität erhalten, sie über die Situation regelmäßig informieren und für eine Vertiefung und Erweiterung der Streikfront agitieren,

wenn die entsprechenden Bedingungen gegeben sind. Auf keinen Fall darf die Kritik und Enttarnung des Reformismus seitens der Opposition während des Kampfes aufgegeben werden.

Infolge der Sabotage der Reformisten und der fortschreitenden Arbeitsgemeinschaft zwischen den reformistischen Führern und den staatlichen Schlichtungsorganen erleidet der Opposition in vielen Fällen die Aufgabe, auch Streikaktionen gegen den Willen der reformistischen Führer in die Wege zu leiten oder fortzusetzen. Das muß die Opposition bei der Vorbereitung jeder Bewegung in Betracht ziehen und die zu diesem Zweck erforderlichen ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen und sichern. Gleichzeitig darf die Opposition den Druck der Arbeitermassen und des unteren Funktionärkörpers auf die führenden Gewerkschaftsorgane keineswegs abschwächen, sie muß in jedem Augenblick die Aufgaben der Gewerkschaftsleitung in der Organisierung und Führung des Kampfes formulieren und die Durchführung dieser Aufgaben fordern. Nur auf diesem Wege wird sich die Arbeiterkraft über die reformistische Sabotage klar werden, wird sie die Vorschläge der revolutionären Opposition annehmen und ihr die Kampfstellung anvertrauen.

Es ist notwendig, daß die revolutionären Gewerkschafter die Bedeutung der Genossenschaften als Institutionen zur Unterstützung der Arbeitskämpfe erkennen. Zu diesem Zweck ist es notwendig,

## Jungarbeiter im Reichsbanner!

Lasse dich nicht durch das laschistische Treiben deiner Führer in Frontstellung gegen die Rote Jungfront bringen!

## Jeder Jungfrontmann

muß revolutionäre Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft leisten.

in den Genossenschaften die intensivste Arbeit zu leisten, damit diese in den Streikämpfen der Arbeiter den streikenden Mitgliedern ihrer Organisation Streikhilfe gewähren und darüber hinaus alle kämpfenden Arbeiter durch Lebensmittelversorgung unterstützen.

Die fortschreitende Linksentwicklung der Arbeiterklasse ist in jeder Weise zu fördern, ideologisch zu vertiefen und organisatorisch zu festigen. Jedoch kann das nur geschehen, wenn die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation durch systematischen und sachlichen Kampf für die Tagesinteressen der Arbeiter zeigen wird, daß sie 1. eine bessere Vertreterin der Arbeiterinteressen ist und bessere Gewerkschaftsarbeit leistet als die Reformisten, und 2. daß sie Kampf für die Tagesinteressen mit dem Kampf für das Endziel zu verbinden versteht.

Das wichtigste Problem der Entwicklung des linken Flügels in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist die Arbeit in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter und deren Einbeziehung in den Klassenkampf. Die Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe lehren uns, daß es bei einer richtigen taktischen Linie der revolutionären Opposition möglich ist, die sozialdemokratischen Arbeiter in die aktive Einheitsfront gegen die sozialdemokratischen Führer einzuziehen, die Sabotage der Wirtschaftskämpfe durch die reformistischen Führer zu brechen und die sozialdemokratischen Arbeiter in der revolutionären Kampfsphäre, im Sinne des Klassenkampfes, zu ergreifen. Daher muß die Opposition einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeit darauf verwenden, die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß die sozialdemokratische Politik und Taktik für die Arbeiterklasse verwerflich ist. Durch kameradschaftliche Aufklärung und durch eine Kritik, die einen scharfen Trennstrich zwischen den Führern und Arbeitern zieht, muß eine Differenzierung zwischen den sozialdemokratisch eingestellten Arbeitern und den sozialdemokratischen Führern herbeigeführt und die Einbeziehung dieser Arbeiter in den aktiven Klassenkampf an der Seite der Opposition erreicht werden.

Die Basis der revolutionären Politik der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern sind die Betriebe. Von diesem Ausgangspunkt ist in allen entscheidenden Fragen der Gewerkschaftsarbeit und des proletarischen Kampfes die Einleitung gemeinsamer Aktionen mit den sozialdemokratischen Arbeitern anzustreben, bei Sicherstellung der revolutionären Klassenlinie. In gemeinsamen Einheitsorganen (Einheitsgruppen, gewerkschaftliche Werksausschüsse, Betriebsräte und Arbeitslosenkomitees, Einheitskomitees, die für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kämpfer) muß versucht werden, eine handige organisatorische Verbindung mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. In viel größerem Maße, als es bisher der Fall war, sind die in den Händen der revolutionären Opposition befindlichen Positionen zu Stützpunkten der revolutionären Gewerkschaftsbewegung auszubauen. Diese Organe und die Vertreter der Opposition in diesen Organen sind für eine planmäßige Arbeit der Opposition, für die Propaganda der revolutionären Gewerkschaftspolitik und zum Kampf gegen den Reformismus auszunutzen.

Der Kampf für die Eroberung der unteren Funktionärposten in den Betrieben und unteren Gewerkschaftsorganen, wie auch deren Umwandlung in Organe des Klassenkampfes ist vor allem in den Großbetrieben und ausschlaggebenden Industriezweigen mit großer Ausdauer und Planmäßigkeit zu führen. Auf diesem Wege wird der Einfluß der Opposition bei den Massen gesteigert werden, das ist auch der Weg zur Herbeiführung der günstigsten Bedingungen für den Kampf gegen die Spaltungspraktik der Reformisten. Besonders ist die Arbeit in den Bergbaubetrieben, in der chemischen Industrie, der Schwerindustrie und dem Transportwesen zu verstärken.

Eine energische Arbeit muß auf dem Lande geführt werden, um die Landarbeiter der Beeinflussung durch die Junker und waterländischen Verbände zu entziehen und sie mit den revolutionären städtischen Arbeitern in gemeinsamer Kampffront zu verbinden.

Unter den in den christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbänden organisierten Arbeitern ist eine planmäßige Arbeit zu leisten, um ihren Uebertritt in die freien Gewerkschaften zu erreichen. Hierbei ist auf den Uebertritt größerer Arbeitergruppen in die freien Gewerkschaften das größere Gewicht zu legen, was durch Bildung von oppositionellen Gruppen in den christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbänden vorzubereiten ist. Diese Arbeit ist in erster Linie mit dem Kampf für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu verknüpfen.

Die revolutionäre Arbeit unter den Angestellten und Beamten muß gleichfalls bedeutend gesteigert werden. Dazu ist notwendig, nicht nur in den freigewerkschaftlichen Angestellten- und Beamtenorganisationen eine planmäßige Arbeit durchzuführen, sondern auch in den bürgerlichen und neutralen Angestellten- und Beamtenorganisationen, in denen die Hauptmasse der Beamten und Angestellten organisiert ist.

In allen Betrieben ist ein energischer Kampf gegen alle faschistischen Elemente zu führen. Die freien Verbände, waterländischen Vereine, Werksvereinigungen, Wertsportvereine, die die Abteilungen der Unternehmer bilden, müssen durch eine intensive Arbeit der Opposition liquidiert werden.

Um die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit der Opposition zu verstärken und in allen Teilen planmäßig zu führen, ist es dringend notwendig, daß

1. alle noch nicht gewerkschaftlich organisierten Anhänger der RGG, den Gewerkschaften zugeführt und als aktive Gewerkschaftsarbeiter den lokalen und bezirkslichen Arbeitskörpern der Opposition eingegliedert werden;

2. die oppositionellen Gruppen in den verschiedenen Betrieben und Betrieben streng zusammengefaßt werden und in allen Fragen eine breite Initiative von unten nach oben entwickeln;

3. alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeiter, die die Opposition unterstützen, zu einem regelmäßigen Besuch der Versammlungen und Konferenzen der Verbände zu bewegen, damit es den Reformisten nicht möglich ist, infolge schlechten Versammlungsbesuches durch die Opposition dieser eine Niederlage zu bereiten, wie es sogar an Stellen vorgekommen ist, wo der oppositionelle Einfluß den der Reformisten übersteigt (Leunawerk);

4. die oppositionellen Zusammenkünfte stets regelmäßig vorbereitet werden, daß die Tagesordnungen nicht lediglich abtrakt gewerkschaftliche Fragen behandeln, sondern ganz konkret zu den in den betreffenden Organisationen und Organisationsstellen der Gewerkschaften stehenden aktuellen Fragen Stellung nehmen.

Der Kampf und die Organisierung der Arbeitslosen als Mitglieder in den Gewerkschaften und ihre Zusammenfassung und Führung durch die Erwerbslosenausschüsse, sowie die Verbindung der Erwerbslosenausschüsse mit den Betriebsräten muß bedeutend verstärkt werden. Die Arbeitslosen müssen wieder zu einem aktiven revolutionären Faktor in der Arbeiterbewegung gemacht werden.

Die oppositionellen Gruppen müssen sowohl ihrem Aufbau als auch ihrer Tätigkeit nach in konkreter Weise der Struktur und den aktuellen Aufgaben der Verbände angepaßt sein. Zur Unterstützung der oppositionellen Gewerkschafter, die in den Verbänden verantwortliche Funktionen innehaben, müssen die leitenden Organe der Gewerkschaftsopposition eine ständige, planmäßige Zusammenarbeit mit diesen Funktionären herbeiführen, regelmäßige, gemeinsame Beratungen über die aktuellen Fragen der Gewerkschaftsarbeit veranstalten, und die Genossen in ihrer Arbeit ständig praktisch unterstützen. Außerdem müssen die Führer der Oppositionsarbeit in den entsprechenden Industriezweigen die Möglichkeit eines eingehenden Studiums ihres Industriezweiges und der Lage der Arbeiter in diesem Industriezweig erhalten, wobei jedoch der häufige Wechsel der Führer der einzelnen Zweige der oppositionellen Gewerkschaftsarbeit zu vermeiden ist.

Besonders wichtig ist die systematische Erziehung und Ausbildung eines Kadres führender oppositioneller Gewerkschaftsfunktionäre, die in allen theoretischen und praktischen Gewerkschaftsfragen allen Anforderungen einer klassenbewußten revolutionären Gewerkschaftsarbeit entsprechen.

# PASSAGIERE

DER III. KLASSE Roman von Kurt Klüber

Der Dide schraubte ein wie ein angeschossener Ballon, als er das hörte. Er wurde immer kleiner und unscheinbarer, fiel vornüber und brach sich zusammen.

„Für die Mannschaft!“ sagte er leise nach. Seine Augen wurden groß und glänzend. Sie schloßen sich langsam.

Die Männer waren, trotzdem sie heute alles hintergeschlungen hatten, jetzt auf den Tisch geklettert war, nicht satt geworden. Sie saßen jetzt oben im Tagesraum, zu zweit und zu dritt in den Ecken, und lauten weiter.

Der Belgier hatte sich in der Kantine verkrüppelte Apfelsinen gekauft und laute an ihnen. Der Franzose, der ein großes Stück Schokolade in der Hand hatte, lehnte neben ihm und laute mit.

„Seht ihr!“ rief der Däne den beiden Kanaken zu, „ihr könnt machen, was ihr wollt, ihr seid die Angeheuereten, das Proletariat! In der heutigen Gesellschaftsordnung werdet ihr auch immer die Benachteiligten bleiben!“

„Und weißt du eine bessere Ordnung?“ fragte der moppige Deutsche, der zwischen den Stühlen hin und herholzte, und er sah den Dänen komisch an.

„Die Kommune!“ rief der Däne. Er schlug mit der Hand auf den Tisch. „Denn die Arbeiter werden die Verwaltung der Städte und Staaten, der Länder und Erdteile nicht selber in die Hände genommen haben, sitzen wir immer am unteren Ende des Tisches und belohnen die Abfälle.“

„Denn bist du nicht so einjährig mit deiner Kommune“, sagte der Belgier und schob sich eine zweite Apfelsine zwischen die Zähne.

„Einjährig!“ rief der Däne zurück. „Nichts ist so einjährig wie das Die Arbeiter müßten bloß einmal den Mut haben, eine Kommune

anzufangen. Wenn dann jeder sieht und spürt, wie gut sie ist, gibt es bald hunderte, tausende.“

Der Belgier lachte. Er war ungläubig und laute weiter. „Der Schotte, der zugehört hatte, lachte nicht mit. „Eine Kommune ist wirklich gut!“ sagte er. „Wir haben es einmal probiert!“

„Sicher!“ sagte er, „es war eine kleine Kommune. Man drehte ihr auch bald die Luft ab.“ Aber sie hat doch bestanden und gelebt. Elf Jahre liegt es zurück.“ Sprach er weiter, als er spürte, wie ihn die Männer fragend anstarrten, „und wenn ihr wollt, so will ich euch die Geschichte erzählen.“

Er ließ sich hinhängen auf einen Stuhl fallen und begann: „Es war im Staate Washington“, sagte er, „ganz nahe an der kanadischen Grenze. Wir waren ziemlich dreihundert Männer, und wir arbeiteten an einer Eisenbahnlinie. Wir kamen dabei hoch ins Gebirge, 900, 1000 Meter. Der letzte Ort war weit unter uns.“

Die Verpflegung, die Versorgung von allem, was wir brauchten, hatte während der ganzen ersten Arbeitszeit die Bahnverwaltung unter sich. Das heißt, sie hatte sie an eine Art von fliegenden Händler abgegeben. Unten im Tal, in der Nähe von Anpflungen, waren wir auch unabhängig versorgt worden. Es gab viel Bohnen und Kauchfleisch, allerlei Fett und was man sonst noch braucht, damit ein schwer arbeitender und schwügender Körper unter Dampf bleibt. Als aber die letzten Rauchfahnen der Farmer unter uns verschwanden, und der kleine Probierversuch die letzte Möglichkeit war, nach den Städten und hinunter zu den Häfen und an das Meer zu kommen, hörten die guten Lage auf, und das Essen wurde schlechter als in der ärmsten 5-Cent-Bar in Pittsburg und in Chicago.

Zuerst schlugen wir Krach und wühlten diesen Handlaren, die zugleich Köche waren, an den Fragen. Wir prüften auch um ihre Gebäude herum und schlangen unsere Fäden. Der Koch ließ uns aber wieder zurücktreiben, und am anderen Morgen brüllten er und sein Spiegelbild durch das Wasser, daß es noch einmal was, wegen des Offens das Mann anzureizen. „Aber im übrigen“, fügten sie höhnisch hinzu, „kann ja jeder von uns tun, was er wolle, und wenn das Essen aus der Küche nicht gut genug sei, der könne sich Dinner und Lunchen selber kochen!“

Das letztere war ein sehr hübscher Rat, und weder die Verwaltung noch wir dachten, daß sich jemals einer von uns an ihn halten würde. Als die Köche aber nun erst recht alles in unsere Töpfe gossen, für was sich sogar die Tramps in diesem Lande bekannt hätten, kam er uns wieder ins Ohr, und wir beschloßen, ihn anzuführen. Das

war eine sonderbare, beinahe eine feierliche Angelegenheit. Wir kamen nächsten in einem alten Steinbruch zusammen, und unter dem Vorhänge eines alten, weißhaarigen Schweden gründeten wir die „Railway Worker Commune of Washington“.

Ihr lacht!“ unterbrach sich der Schotte, als er die blinzelnden Augen des Belgiers sah, „uns war das damals eine tobernte Angelegenheit, und sie ist es uns auch bis zum Zusammenbruch der Kommune geblieben. Ich will euch das aber der Reihe nach erzählen.“

Das erste, was getan wurde, war, daß wir alles Geld, was wir bei uns hatten, in den Hut des Schweden schütteten, und am nächsten Morgen fuhr der Schwede mit noch zwei anderen nach Bellingham und sie kauften ein. Das war ein großer Kauf. Sie brachten Kessel und Töpfe, Wachsenfleisch und Brote und sonst alles, was notwendig ist, um in einer halbwegs guten Art amerikanischen Arbeitern den Bauch vollzuschlagen.

Am demselben Tage, nach Feierabend, wurden noch unter großem Hallo Kochlöcher ausgegeben, die neuen Kessel darübergeseht und ausprobiert. Wir piffen und tobten wie die Kinder, als der erste Dampf unter den Deckeln heraustruckte, und den Kaffee, der gelocht werden war, zogen wir in unsere schwarzen Mäuler, als wäre er der erste, der unsere Schlinge passierte. Schwarzer war nach das Ausschauen der Köche. Das war gewiß, Kochen war eine Arbeit, die man nicht noch neben dem Schwellenlegen oder Steineprengen tun konnte. Da wir kolonnenweise arbeiteten, und als Kolonne Anordnung taten, einigte wir uns so, daß von jeder Kolonne einer ausgearbeitet wurde, dessen Arbeit mitgetan werden mußte, der aber dafür den Kochlöcher schwang. Das ging auch ganz gut. Da oft gemischt wurde, gab es niemals Streit. Ueberhaupt Streit hat es unter uns während der Kommune fast nie gegeben.

Das war nicht etwa ein Wunder. Schon nach vierzehn Tagen merkten wir, wie gut das Kommunizieren tat. Das Essen wurde immer besser, denn die Köche arbeiteten sich ein. Auch die Einkäufer belamen langsam Routine, und alles, was wir uns kommen ließen, fiel im Preise, anstatt in die Höhe zu gehen. So, wir gaben nach vier Wochen kaum noch anderthalb Dollar täglich in die Kommunkasse und setzten doch Sped an und belamen runde Bäuche.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Dombrowski, für Betrieb und Vertriebs „Waldenburg“ Wilhelm Biedel, für „Waldenburg“, „Grafik“ und die übrigen Belagen Alfred Thomas, sämtlich in Berlin. — Für den über die Belagen Teil Direktor Helmut Biedel. — Für Inserate Dr. Gerhard Beckmann.

# Schlesische Metallarbeiter vor wichtigen Entscheidungen

## Ablauf des Lohntarifs — Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß

In den nächsten Tagen und Wochen werden die Metallarbeiter vor wichtigen Entscheidungen stehen. Im gesamten Verband werden die Wahlen zum Verbandstag in Karlsruhe und zum Kongreß des ADGB in Hamburg vorgenommen. Für die Breslauer und niederschlesischen Metallarbeiter läuft der Lohn-tarif ab.

Die Lohnbewegung des vergangenen Jahres hatte den schlesischen Metallarbeitern nur geringe Scheinverbesserungen gebracht. Die Stundenlöhne wurden wie folgt erhöht:

| Alter Lohn                   | Verbands-forderung | Neuer Lohn | Lohn-erhöhung | Weniger als gefordert |
|------------------------------|--------------------|------------|---------------|-----------------------|
| Gelernte Gruppe 1: 71        | 86,5               | 77         | 6             | 8,5                   |
| Gruppe 2: 68                 | 80                 | 74         | 6             | 6                     |
| Ungelernte Gruppe 3: 55      | 72                 | 62,5       | 7,5           | 10,5                  |
| Ungelernte Gruppe 4: 46      | 64                 | 52         | 6             | 12                    |
| Arbeiterinnen Gruppe 5: 34,5 | 52                 | 37         | 2,5           | 15                    |
| Gruppe 6: 31                 | 48                 | 33,5       | 2,5           | 14,5                  |

Die Tabelle zeigt, daß die vom Verband aufgestellten Forderungen bei weitem nicht erfüllt wurden und die Differenz zwischen den besser und schlechter bezahlten Gruppen um ein weiteres stieg. Die Forderung des Verbandes nach der 48-Stunden-Woche und Leistung von Ueberstunden nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat blieb ebenfalls unerfüllt. Der Schiedspruch legte die 48-Stunden-Woche fest und machte die Leistung von Ueberstunden nicht von dem vorhergehenden Einverständnis des Betriebsrates abhängig. Der Unternehmer brauchte lebhaftig den Betriebsrat „ins Benehmen“ zu setzen, d. h. ihn zu verständigern. Die Ueberstunden wurden bis zur 51. Stunde mit 10 Prozent und bis zur 54. Stunde mit 15 Prozent bezahlt. Die Laufdauer des Tarifes war eine viel zu lange.

Obwohl also der Schiedspruch keinesfalls den Forderungen der Kollegen, insbesondere denen der unteren Gruppen entsprach, wurde seine Annahme von den reformistischen Gewerkschaftsführern befürwortet und die Entscheidung über seine Annahme ausschließlich in die Hand der Streikenden gelegt, obwohl gerade die nicht streikenden Kollegen am schlechtesten abgeschnitten waren und somit ebenfalls zu dem Schiedspruch gehört werden mußten, was durch die von der Opposition geforderte, von der Leitung aber abgelehnte Abstimmung erfolgen konnte. Bei Fortsetzung des Kampfes im vergangenen Jahre waren alle Voraussetzungen für die Erringung eines vollen Sieges gegeben. Die Konjunktur war eine aufsteigende und es lagen dringende Aufträge vor. Im Lager der Unternehmer zeigten sich Uneinigheiten. Die Metallarbeiterkraft war kampfschlüssig, und noch beim Abschluß des Kampfes waren ausreichende Reserven von Seiten der Metallarbeiter in den Kampf zu führen, und die finanzielle Kraft des Verbandes keineswegs erschöpft, sondern fast unangefastet. Trotz alledem setzten sich die reformistischen Gewerkschaftsführer für Abbruch des Streiks und für Annahme des unzulänglichen Schiedspruches ein und leiteten gegen einige oppositionelle Kollegen, die im Interesse der Gesamtkollegen die Maßnahmen der Führung kritisierten, Ausschlußverfahren ein.

Metallarbeiter, der diesjährige Kampf muß besser vorbereitet und energischer geführt werden. Er darf nicht wieder mit einem unzulänglichen Kompromiß, wie der vorjährige, enden. Insbesondere muß abgelehnt werden, die Löhne von Staats wegen durch die Schlichtungsinstanzen festsetzen zu lassen. Der Metallarbeiterverband ist stark genug, um bei richtiger Vorbereitung und Führung des Kampfes die Forderungen im offenen Kampfe durchzusetzen.

Welche Forderungen müssen aufgestellt werden? Die vorjährige Forderung nach der 48-Stunden-Woche darf nicht fallen gelassen werden. Die fortschreitende Rationalisierung und das Antreiberstystem stellen an die Gesundheit der Metallarbeiter außerordentliche Anforderungen. Deshalb muß die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 46 Stunden erklämpft werden. Zugleich muß in den Tarif ein Passus hineingenommen werden, wonach Ueberstunden nur mit vorheriger Zustimmung des Betriebsrates geleistet werden dürfen, und die ersten zwei mit 25, und die weiteren Ueberstunden mit 50 Prozent bezahlt werden müssen.

Während der langen Dauer des bisherigen Tarifes ist infolge der fortschreitenden Teuerung eine Entwertung des Reallohnes eingetreten. Alle Anzeichen (Kohlenpreiserhöhung, Eisenbahntarifierhöhung usw.) deuten an, daß die Preissteigerung auch weiterhin anhalten wird. Es muß deshalb eine Lohnzulage gefordert werden, die der bereits eingetretenen und der noch zu erwartenden Entwertung der Verdienste Rechnung trägt. Zum Mindesten sind folgende Akkorde und Stundenlöhne zu fordern (für Arbeiter über 21 Jahre):

| Gruppe    | Akkordlohn | Stundenlohn |
|-----------|------------|-------------|
| Gruppe 1: | 86         | 90          |
| Gruppe 2: | 78,5       | 81          |
| Gruppe 3: | 68         | 72          |
| Gruppe 4: | 59,5       | 63          |
| Gruppe 5: | 55,5       | 58,5        |

Durch Verringerung der Zahl der Gruppen und durch eine relativ größere Lohnsteigerung in den unteren Gruppen muß die Verringerung der Lohn Differenz angestrebt werden.

Ein besonderes Augenmerk ist den Jugendlichen zu widmen. Für die Jugendlichen unter 16 Jahren muß der 6-Stunden-Tag und die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die Arbeitszeit bei voller Lohnbezahlung gefordert werden. Als Stundenlohn ist für die Jugendlichen mindestens 16, 20, 24 und 28,5 Pfennig in dem ersten, zweiten und dritten Lehrjahre zu verlangen.

Die Dauer des neuen Tarifes darf keinesfalls eine lange sein. Er darf höchstens bis Oktober 1928 laufen, da mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, daß die Preissteigerung in nächster Zeit ein beschleunigtes Tempo annehmen wird.

Kollegen, nehmt sofort in allen Betrieben zu dem bevorstehenden Lohnkampf Stellung! Formuliert eure Forderungen, beschließt, den Kampf ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der Schlichtungsinstanzen zu führen.

Die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß finden am 20. Juli statt. Der Bezirk Breslau des Metallarbeiterverbandes hat zwei Delegierte zu wählen. In der Generalversammlung der Breslauer Ortsgruppe wurden von der Opposition die Kollegen Erich Hausen-Breslau und Karl Pirsch-Schweidnitz als Delegierte und der Kollege Wjshka-Hindenburg vorgeschlagen.

Zum Verbandstag in Karlsruhe finden die Wahlen am 1. oder 2. Juli statt. Die Opposition hat im Bezirk Breslau folgende Kandidaten als Delegierte bzw. Ersatzleute vorgeschlagen: Wahlabteilung Breslau: Hausen, Elektriker, Adelt, Dreher, Dierer, Schweitzer, G. Scholz, Schlosser. Wahlabteilung Dungs-lau, Freiburg, Hirschberg: Wiser, Jiriau, und Prusche, Freiburg, als Ersatzmann. Wahlabteilung Königshütte, Waldenburg, Karl Dierer, Ditterbach, und als Ersatzmann Zelenka. — Wahlabteilung Weutben, Gleiwitz, Hindenburg, Malapane, Stegnitz: Wjshka, Hindenburg, und als Ersatzmann Karl Behr, Gleiwitz. Wahlabteilung Grünberg, Kohnau, Niesky, Striegau, Schweidnitz: Karl Pirsch, Schweidnitz, und als Ersatzmann Puppe, Kohnau. Wahlabteilung Bernsdorf, Bernsdorf, Brieg, Glogau, Gnadenfrei, Habelschwerdt, Jauer, Königshub, Reike, Neurode, Neumarkt, Nimpitz, Oels, Ohlau, Oppeln, Ratibor, Penzig, Ratibor, Reichenbach, Reichenstein, Snaarau, Strehlen, Trebnitz, Weikwasser: Herbert Hausen, Weikwasser.

Ueber die Bedeutung des Verbandstages und Gewerkschaftskongresses haben wir bereits ausführlich geschrieben und wollen hier nichts wiederholen. Im Interesse des Verbandes und der Gesamtkollegen fordern wir die Metallarbeiter auf, nur oppositionelle Delegierte zu wählen.

An die Arbeiter in den Betrieben, insbesondere unsere Arbeiterkorrespondenten, richten wir den dringenden Appell, uns sofort Berichte über die Stellungnahme der Arbeiter im Betriebe zu den oben besprochenen Fragen zu schreiben.

## Maßregelungen im Holzarbeiterverband Berlin

### Funktionsenthebungen oppositioneller Mitglieder durch die reformistische Bürokratie

Die Ortsverwaltung Berlin des Holzarbeiterverbandes hat das Ausschlußverfahren gegen die Genossen Ubricht und Kiefert beantragt, weil diese Genossen „im Sinne der illegalen sogenannten Gewerkschaftsopposition eine besonders aktive Tätigkeit in Versammlungen und Zusammenkünften von Mitgliedern entfalten“. Das „Verbrechen“ der Genossen besteht darin, daß sie in der Generalversammlung des wichtigsten Holzarbeiterbezirks Berlin-Offen II, gegen die wirtschaftsfriedliche Politik der reformistischen Bürokratie Stellung genommen haben und trotz der Verurteilungen durch die sozialdemokratischen Fraktionsredner als Mitglieder der Bezirkskommission und als Generalversammlungsdelegierte gewählt wurden. Der Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung, Böse,

versuchte in dieser Versammlung, die Ford-Politik der Tarnow & Co. zu verteidigen, kam aber dabei unter den Schlitzen. Die oppositionelle Mehrheit soll nun dadurch geschlagen werden, daß die Ortsverwaltung entgegen dem Willen der Mitglieder die Genossen Ubricht und Kiefert nicht befristete und das Ausschlußverfahren beantragte. So hat es die sozialdemokratische Fraktion des Bezirks Offen beschlossen und der Hauptvorstand des DGB hat das Ausschlußverfahren eingeleitet.

Die sozialdemokratische Fraktion in der Ortsverwaltung der Holzstelle Berlin des DGB, begründet den Ausschlußantrag mit der Tätigkeit der Genossen „im Sinne der illegalen Gewerkschaftsopposition“. Zum ersten ist die Opposition nicht illegal, sondern die Opposition ist derartig legal und vertritt derartig offen ihre Meinung, wie es die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion auch tun. Der Unterschied ist nur, daß die Opposition die Mehrheit der Mitglieder hinter sich hat, während die sozialdemokratische Fraktion in der Minderheit war und die bisherige sozialdemokratische Bezirkskommission von den Mitgliedern abgesetzt wurde. Es ist charakteristisch, daß die sozialdemokratische Ortsverwaltungsmehrheit nicht einmal versuchte, die „verbandschädigende Tätigkeit“ der Genossen zu bemessen. Bekanntlich sind alle Arbeiter, die gegen die Koalitionspolitik, gegen die Tätigkeit des Kollegen Tarnow im Reichswirtschaftsrat, gegen die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierungs- und Wirtschaftspolitik durch die Bürokratie des Holzarbeiterverbandes auftreten, „im Sinne“ der Opposition tätig. Die Begründung der Ausschlußmaßnahmen gegen die Genossen Ubricht und Kiefert bedeutet in der Konsequenz, daß nur Anhänger der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik Gewerkschaftsfunktionen ausüben können. Die freien Gewerkschaften sollen zu Hilfsorganen, zu den Hauptstützen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik gemacht werden. Diese Tatsache zeigt die außerordentliche Bedeutung dieser Ausschlußmaßnahmen für alle Gewerkschaftsmitglieder. Es geht um die Frage: Sollen die freien Gewerkschaften Klassenkampforgane sein oder Organe zur Förderung der kapitalistischen Wirtschaft, die die Interessen ihrer Mitglieder durch Zusammenarbeit mit den Klassenfeinden des Proletariats „vertreten“.

Wir sehen, daß die Propaganda der amerikanischen Ausbeutungsmethode, die Agitation für das Ford-System durch die Tarnow & Co. zu denselben Konsequenzen führt, wie in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Ebenso wie die amerikanischen Gewerkschaften die Lage der Arbeiter im Rahmen des Kapitalismus angeblich verbessern wollen und die Gewerkschaftsorganisationen sich in den Dienst der kapitalistischen Wirtschaft durch Wiltshire bei der Steigerung der Arbeitsleistung stellen, so soll es auch in Deutschland werden. Dem entsprechend wurde auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kiel als Aufgabe der Gewerkschaften „die Regelung der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ bestimmt. Diese zunehmende Verknüpfung des Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat, die Streikbruchpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer trägt mit zur Verstärkung der Opposition in den freien Gewerkschaften bei. Damit der Gewerkschaftsapparat zur Durchführung der wirtschaftsfriedlichen sozialdemokratischen Politik möglichst reibungslos eingesetzt werden kann und die „Gefahr“ möglichst beseitigt wird, daß die Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen den Kampf gegen die Koalitionspolitik führen, säubern die Tarnow & Co. rücksichtslos den Gewerkschaftsapparat und werfen die Anhänger der Opposition aus den Verbänden.

Die außerordentliche Bedeutung der Ausschüsse aus dem Holzarbeiterverband macht es notwendig, daß die Arbeiter in allen Betrieben, Gewerkschaften und öffentlichen Versammlungen gegen den Terror der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie Stellung nehmen und sich für eine revolutionäre Klassenkampfpolitik der freien Gewerkschaften und für die Politik der Gewerkschaftsopposition entscheiden.

# Zum Bundestag des ADGB.

Von W. Ubricht

Die Hamburger Tagung ist von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Die zentrale Frage ist:

Sollen die freien Gewerkschaften Organe der kapitalistischen Wirtschaftspolitik werden, oder sollen sie die Klasseninteressen der Arbeiter vertreten und den Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Lohnsklaverei führen?

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer versuchen, die Illusion zu fördern, daß es auch den Arbeitern besser gehen werde, wenn die kapitalistische Wirtschaft weitere „Fortschritte“ mache. Dementsprechend vertreten sie die Auffassung, daß die gegenwärtige Periode eine Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus darstelle und daß die Arbeiter auf dem Wege der „Wirtschaftsdemokratie“ allmählich die Macht erringen können.

Wenn auf dem ADGB-Kongreß wirklich von den Betriebsarbeitern gewählte Arbeiterdelegierte die Beschlüsse fassen würden, bestände keine Aussicht, daß sich der Kongreß für die Wirtschaftsdemokratie entscheidet. Die Gewerkschaftsmitglieder haben die Nase voll von der „gemeinsamen Arbeit aller Kreise der Bevölkerung“. Die Rationalisierung hat den Profit der Unternehmer erhöht und ihre Macht gefestigt. Das Schlichtungsweesen diente der Knebelung der Arbeiter. Durch das Arbeitszeitgesetz wurde der Zehnstundentag festgelegt. Die „Tariftreue“ dient der langfristigen Bindung der Arbeiter. Sie verhindert die Ausnützung günstiger Kampfmöglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsgerichte sind Hilfsmittel zum Raub des Streikrechtes und zur Einschränkung der Rechte der Betriebsräte. Die Arbeitslosenversicherung diente der Abwälzung der Versicherungs-lasten auf die Arbeiter und der Herabsetzung der Unterhaltungsätze. Das „gleichberechtigte Zusammenwirken“ der Gewerkschaftsvertreter mit den Unternehmern im Reichswirtschaftsrat, Reichslohnrat usw. diente ausschließlich den Interessen der Besitzer der Produktionsmittel. (Mithilfe der Gewerkschaftsvertreter bei der Rationalisierung, Zustimmung zur Erhöhung der Kohlenpreise usw.)

Diese bitteren Erfahrungen bringen immer weitere Kreise der Arbeiter zu der Ueberzeugung, daß nicht durch „gemeinsame Arbeit“ mit den Unternehmern, sondern nur durch den Klassenkampf gegen die Unternehmer und ihre Staatsmacht die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessert und die Macht der Bourgeoisie erschüttert

und beseitigt werden kann. Entgegen dieser Erfahrungen predigt die Sozialdemokratie die großen Erfolge der „staatlichen Regelung des proletarischen Schicksals“. Die Arbeiter sollen auch noch die staatliche Knebelung (10-Stundentaggesetz, Schlichtungsweesen usw.) als einen Fortschritt preisen. Damit entgegen dem Willen der Arbeiter auf dem ADGB-Kongreß ohne wesentlichen Widerstand Beschlüsse in der Richtung der wirtschaftsfriedlichen und Koalitionspolitik der Sozialdemokratie angenommen werden, erfolgt die „Wahl“ der meisten Delegierten durch die Gewerkschaftsbürokratie. Die reformistischen Führer fürchten die Kritik der Gewerkschaftsmitglieder aus den Betrieben. Deshalb haben die Gewerkschaftsvorstände in den meisten Verbänden die Wahl der Delegierten durch Urwahl verhindert.

Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist der Auffassung, daß der ADGB und seine leitenden Organe die Pflicht haben, die Arbeiterkämpfe für Arbeitszeitverkürzung, Lohnsteigerung und Ausbau der Sozialpolitik zu organisieren und zu führen. Der Bundesvorstand tat das Gegenteil. Während der Bergarbeiterbewegung und der Hüttenarbeiterbewegung bemühte er sich durch wirtschaftsfriedliche Propaganda, die Arbeiterfront zu schwächen und die Voraussetzungen für das Eingreifen der Schlichtungsinstanzen und des Arbeitsministers zu schaffen. Nachdem der Bundesvorstand eine breite Agitation zur Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung geführt hatte, und mit Unterstützung der reformistischen Bürokratie die Arbeiterausbeutung verschärfte und das Arbeitslosensheer größer wurde, tat der ADGB nicht das Geringste zur Organisierung des Kampfes für den Siebenstundentag. Ja, er wagte nicht einmal diese Forderung zu stellen, obwohl angesichts der veränderten Verhältnisse diese Forderung eine Notwendigkeit ist. Statt, wie das Vorbild der Sowjetmacht zeigt, die Arbeitermassen für den Siebenstundentag zu mobilisieren, verleumdete die Reformisten die Sowjetmacht. Nicht einmal für den Achtstundentag und die 45-Stundenwoche wurde der Kampf geführt, sondern die reformistische Bürokratie untertänigte die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen, die entsprechend den Anweisungen der Unternehmer und ihrer Regierung jede wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit durch Zwangsschiedsprüche zu verhindern suchten. Ebenso wie die Schlichtungsinstanzen, widersprach auch die Einführung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsgerichte den Interessen der Arbeiter.

Angesichts der arbeitserniedrigenden Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie und der Illusionen eines Teils der Arbeiter

... muß die Vorbereitung des ... Kongresses ... werden zur ... Agitation in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die ... Orientierung der ... Forderungen, für die ... Erfüllung der ... durch die freien Gewerkschaften. Die ... des ... der Gewerkschaften erfordert die ... Demokratie in den ... Wenn nicht die ... sondern die Arbeiter ... über die Strategie und Taktik ihrer ... wenn das ... wieder hergestellt wird, dann werden die freien Gewerkschaften wieder ... dann wird die ... der Gewerkschaften gestärkt, und immer ... werden die ... der gewerkschaftlichen ... Die ... und Spaltungsmasnahmen der ... die Einschränkung des ... der Mitglieder bedeutet dagegen Schwächung und ... der freien Gewerkschaften.

Die Erfahrungen in den ... der letzten Monate ... daß immer ... Arbeitermassen zu der Erkenntnis ... kommen, daß die ... nur auf dem Wege des ... durchgesetzt werden können. Sogar die bisher ... Arbeiter haben sich ... beteiligt. Die ... der ... bei den ... wahlen, der Verlust des ... an ... und der ... der ... Arbeiter zur Durchsetzung der ... und ... sind Anzeichen des ... der Massen. Es gilt, die organisierte ... der ... und der ... zur Durchsetzung ... gegenwärtiger ... zu mobilisieren und zum Kampf zu führen:

1. Organisierung einer ... für ... Industrie, für ... und ... Kampfbündnis der Gewerkschaften des ... der Metall-Industrie, der chemischen Industrie und des ... zur ... der ... Diese ... sind zu führen mit dem weiteren Ziel der ... in der Gesamtindustrie und der ... im Bergbau, chemischer Industrie und anderer ...

2. Kampf um Erhöhung der ... infolge der ... und ... der ... ohne Rücksicht auf das ... von ...

3. Bekämpfung des ... durch ... an den ... durch ... der ... auch gegen ...

1. Kampf für Erhöhung der ... der ... unter ... der Arbeiter, Arbeiterinnen und ... Gegen jede ... der ... gegen die ... der ...

2. Schaffung von ... In jeder Industrie, in jedem ... eine ...

3. Herstellung der Demokratie in den Gewerkschaften. ... bei ... Durchführung und ... von ... Die ... der ... fördert die ... stärkt die ... der ... und ... der ... Für die ... der ...

4. Zurückziehung der ... aus dem ... Reichs- ... und anderen ... Organen. ... an den ... "wissenschaftlichen" ... die nur die Begründung für die ... vorbereiten. ... an den ...

5. Kampf gegen alle Feinde der ... insbesondere gegen die ... der ... gegen den ... der ... der ... der ... über die ... der ...

6. Für Einberufung eines ... aller Gewerkschaften zur ... die Gewerkschaften aller ... aller ... und aller ...

Der Kampf für diese ... ist der Kampf gegen die ... der ... und seine ... Der ... will den ... benutzen, um ... den ... der ... die freien Gewerkschaften zu ... Die ... des ... erfordert, daß in allen ... die Arbeiter gegen diese ... Stellung nehmen und eindeutig zum ... bringen, daß die freien Gewerkschaften zu ... werden müssen.

**Versammlungskalender**

**Parteiveranstaltungen**  
**Breslau.**  
 - Stadtteil Nord. Sämtliche Parteimitglieder heute 19 Uhr am Weichenburger Platz.  
 - Stadtteil Nordost. Freitag 20 Uhr Generalmittgliederversammlung bei Ködner, Herfstraße. Referent Genosse Reimann.  
 - Stadtteil 4. Freitag 20 Uhr Gesamtfunktionärssitzung bei Schneemann, Sadowastr. 8.  
 - Silesberg. Samstag 19 Uhr Mitgliederversammlung im „Berliner Hof“, Kuischerstraße. Referent anwesend.

**Kommunistischer Jugendverband**  
**Breslau.**  
 - Samstag 20 Uhr nehmen sämtliche Mitglieder an der Sitzung bei Reimann teil. Einlaß nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
 - Görlitz. Freitag 20 Uhr im Heim, Jüdenring, Unterhaltungssabende.

**Roter Frontkämpfer-Bund**  
**Breslau.**  
 - Abt. 6. Samstag 20 Uhr alle Spielleute bei Sander.  
 - Dels. Freitag 20 Uhr Generalmittgliederversammlung. Referent Gaußfänger Siefen.  
 - Friedland. Samstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Unter“. Referent von der Untergauleitung anwesend.

**Waldburg.** Freitag 19 Uhr im Gasthaus zum „Gold. Stern“, Gottesberger Straße, Kameradschaftsabend.  
**Waldburg.** Samstag 18 Uhr Auftreten an der „Stadtbrauerei“ zum Ausmarsch. Alles in Uniform.  
**Weißlein.** Samstag 19 Uhr Kameradschaftsabend.

**Altwasser.** Freitag 19 Uhr Kameradschaftsabend im „Eisernen Kreuz“. Besprechung der Maßnahmen zum Gaultreffen usw.  
**Grünberg.** Freitag 20 Uhr im „Goldenen Frieden“.  
**Freiburg.** Samstag 19,30 Uhr im „Grünen Baum“ Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung anwesend.  
**Krausendorf.** Freitag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung.  
**Piegnitz.** Sonntag Landausmarsch (per Rad). Auftreten 7 Uhr Friedriehsplatz. Kapelle vollständig.

**Sonstige Organisationen**  
**Breslau**  
 - Arbeiter- Esperantogruppe. Freitag 20 Uhr im Gruppenlokal bei Reiter, Matthiasstraße 35, Gruppenabend.  
 - Dels, Arbeiter-Kultur u. Sportklub. Freitag 20 Uhr Monatsversammlung im „Derschleier“.  
 - Nieder-Altwasser, Freireisigbüchse. Sonntag 10,30 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Vortrag, nur für Mitglieder, von Dozent Reichenswälder über das Thema: „Geh und Sittlichkeit“.  
 - Gannau, Freidenker. Sonntag 20 Uhr im Volkshaus Mitgliederversammlung.

**Liegnitz**  
**Wacht am Rhein**  
 Lichtspielhaus u. Varieteo

**Ab Freitag, den 13. Juni**  
**Nur 4 Tage!**  
 Der gewaltige russische **Revolutions-Film** der anlässlich der Feier des 10-jährigen Bestehens der **Sowjet-Republiken** hergestellt wurde



**10 TAGE**  
 die die Welt erschütterten  
 REGIE: S. M. EISENSTEIN  
 der Schöpfer des Filmwerks **Panzerkreuzer Potemkin**  
 Sturz des Zaren  
 Sieg des Proletariats  
 Kerensky - Lenin - Trotzki  
**120 000 Mitwirkende**  
 Das Tagesgespräch aller Weltstädte!

**Belprogramm**  
**Bühnenschau**  
 Begl. Wochent. 7, Sonnt. 4 1/2 Uhr

**Breslauer Kaffee-Rösterei**  
**Otto Stiebler**  
 Zwingerplatz 5 u. 31 Filialen



Es nicht nur ein wohlschmeckendes, sondern das naturreiner Kaffee nach den Gutachten ärztlicher Autoritäten auch ein der Gesundheit durchaus zuträgliches Getränk.  
 1/2 Kilo 3,40, 3,60, 4,00, 4,20, 4,40  
 Einfachere Sorten: 1/2 Kilo 3,00, 2,80, 2,60

**Vorzugs-Angebot!**  
 Amours Beribest evaporierte ungezuckte **Dosen-Vollmilch**  
 bei 1 5 10 Dosen Höhe 48 Dosen  
 hohe Dose 0,50 0,19 0,48 22,00  
 Wir sind mit diesem Angebot konkurrenzlos billig. Der Verkauf erfolgt, soweit Vorrat reicht. Sichern Sie sich rechtzeitig den Bedarf für die Sommermonate.

**Molkerei-Butter billiger**  
 aus pasteurisiertem Rahm . . . 1/2-Pfund-Stück 0,90  
 Tafelbutter . . . 1/2-Pfund-Stück 0,80

**Milsterkäse ohne Rinde** Schachtel 0,30  
 Brieftäse 10 teil., Schachtel 2,00 . . . Portionsstück 0,29  
 Emmentaler ohne Rinde 6 teil. . . Schachtel 0,85  
 Paprikatäse . . . 1/2 Kilo 1,20  
 Schweizerkäse großformatig . . . 1/2 Kilo 1,55  
 Tilsiterkäse . . . 1/2 Kilo 0,75

**Limonaden-Fruchtsäfte**  
 Gebirgshimbeerjast . . . Flasche 0,70, 1,50  
 Johannisbeerjast . . . Flasche 0,85, 1,50  
 Erdbeerjast . . . Flasche 0,90, 1,60  
 Kirschjast . . . Flasche 0,95, 1,70  
 Brombeerjast . . . Flasche . . . 2,00  
 Santoromicz-Orangade . . . Flasche 1,60, 2,60

**Deine Einkäufe**  
 mache bei Inserenten dieser Zeitung!  
 Die anderen wollen dein Geld nicht!

**Reisen Sie mit Tack**



weib, grau und rosé Leinen-Spang.-Schuhe LXV-u. Troit.-Absatz Leder-Sandalette, beige-rot oder blau Chevreau . . . 12,50

5  
 10,90

Damen braun od. mode Kalbleder-Spangenschuh, beste Rahmenarb. 14,50  
 Da. Krepsohlen-Spangenschuh, br. beige u. drapp Box-kalf., Og.-Rah.-Arb. 16,50  
**Siwera-Strümpfe**  
 garantiert erste Wahl in allen Farben

Herrn braun Rind-box-Halbschuhe Orig.-Goodyear wie Abbildung, Ged. 11,90  
 Wander- u. Bergstiefel, solide und geällige Verarbeitung in schwarz u. braun . . . von 19,50 an

**Tack & Cie. A.-G. Burö b.M.**

Verkaufsstellen  
 Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. **Breslau** Onlauer Straße 15, Tel. 561 60  
 Reuschestr. 47/48, . . . 274 20  
 Beuthen / Rajbor / Gleiwitz / Hindenburg / Oppeln / Waldenburg / Liegnitz / Görlitz

Besichtigen Sie unsere 20 Schaufenster und Auslagen!

**Kaufhaus M. Robowski**  
 Strümpfe / Socken / Herrenartikel  
 Kinderartikel / Wäsche / Kurzwaren



Gräbschener Str. 54, Gräbschener Str. 82 a  
 Hohenzollernstr. 2, Westendstr. 54, Ecke Leuthenstr.

**Billigste Preise / Große Auswahl**



Schwednitz

Schwert-Drogerie
Drogen - Farben - Toiletten-Artikel
Spezialität: Haardalsam 88418

Modenhaus Landsberger
Billige Damen- und Kinderkonfektion
88419

Kauft Schuhe bei Groß
Schuhgeschäft
Schwednitz, Ring 16
88420

M. Thorn
Herren- und Knaben-Bekleidung
Burgstraße 5
88423

Herrn Hälter :: Bügenstraße 3
Drogen- und Farbenhandlung
88435

Carl Kraemer, Langstraße 47
Nähmaschinen - Fahrräder
Reparaturwerkstatt
88428

Clara Elson, Langstraße 23
Lebensmittel, Vorkosthandlung
88427

August Hornig, Mühlstraße 12
Lebensmittel / Vorkosthandlung
88426

Karl Buerker, Mühlstraße 8
Brot, Weiß- und Feinbäckerei
88425

J. Sölter & Starke
Gegründet 1787
Zuge / Kleiderstoffe
Damenkonfektion
88434

Sewalds Molke-Rel
Auswahl in Gläsern
Vollmilch 10 Pfg.
Buttermilch 5 Pfg.
88403

Wäsche-Haus Max Gebrecht
Herren-Wäsche
Inleites - Bettfedern
Tischwäsche
88431

H. Lössmann, Grabenstraße 1
Motorräder, Fahrräder, Grammophone
Lager von circa 300 Markenträgern
88424

Erst-Feige, Dampfbäckerei
Weidenbader Straße 13
empfiehlt feine belagte gute Kommissbrot
und Hausbrot
88422

Kl. Fuchner
Kloppstraße 5
Kolonialwaren
88421

Herren-Bekleidung
am preiswertesten bei
August Hilbert, Ring
88419

Schlüterbrot
das erste Vollkorn-Feinbrot
empfiehlt Willy Berger, Langstr. 68
88411

Billigste Bezugsquelle
für gute Branntweine, Liqueur, Weine
Effig-Fabrik W. Wittmann, Burgstr. 8
88401

Hüte - Mützen
empfiehlt zu bekannt billigen Preisen
Wilhelm Drehtlust, Hohlstr. 2
88400

Referiert Nr. 100
88417

Ernst Fuchs Langstraße
Edle Großstr.
Mitglied des Rab.-Sparv. Schwednitz - Gegründet 1867
Handarbeiten, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Trikotagen - Sämtliche Zutaten zur Schneiderei
Täglich Eingang von Neuheiten
88430

Hermann Spitz, Schwednitz
Was- und Porzellanhandlung
Langstraße 10
88412

Gebrüder Domscheidt
Damenkonfektion, Kleider, Seidenstoffe
Baumwollwaren, Gardinen usw.
Hohlstraße
88327

E. A. Schubert :: Markt 5
Wäsche-Geschäft
Mitglied des Rabat-Sparvereins
88317

Schauburg - Lichtspiele
Oberstadt Wilhelmstraße 12
Niederstadt Karlstraße
Dienstag u. Freitag Programmwechsel
Beginn: Wochentags 4 Uhr
Sonntags 3 Uhr nachmittags
88325

Hüte - Mützen - Pelzwaren
kaufen Sie billig bei
Otto Pfeifer, Langstraße 28
88429

Hind- und Schweineschlächterei
C. Leopold, Langstr. 8 u. Streblener Str.
88114

Fahner u. Walther, Langstraße 26
Waffen / Munition / Sportgeräte
88418

Ernestine Stäber - Bahnhofstraße 21
Kolonialwaren - Lebensmittel
88402

Konditorei und Café
H. Stiller, Hohlstraße 17
88333

Stiefler Nachf., Hohlstraße 14
Kolonialwaren und Feinstoffe
88331

H. Schlag, Hohlstraße 67
Musikinstrumente aller Art, Reparatur.
88330

Zigarren / Zigaretten Rauchtabak
Richard Beyer, Hohlstr. 9, geg. 1891
88326

H. Schönsfelder, Berglandhaus
Stam-Verkaufsstelle
88324

Hamburger Fischhalle, Peterstr. 16/18
Tägl. frische Seefische u. Räucherwaren
88322

E. Gallewitsch Nachf., Markt 27
Solanterie, Spielwaren u. Wirtschaftartikel
88319

M. Klose & Co., Bügenstraße 11
Solinger Stahlwaren und Schleiferei
Senfen und Säbeln
88431

Balch- und Plattankalt
W. G. Schmidt, Mühlstraße 18
Vorkostgeschäft: Bügenstraße 2
88300

Breslauer Konfektionshaus
Ring / Größtes Bekleidungshaus
Moderne Herren- u. Knabenbekleidung
88433

Waldenburg
Möbelhaus Hermann Feder
Kirchstr. 3 - Beerdigungsinstitut
88351

Waldenburger Schuhwarenhaus
A. Jäpner, Friedländer Straße 7
88355

Leberhandlung Fritz Thomas
Schuhwarenbedarfartikel
88376

Kaufhaus W. Rahmer
Friedländer Straße 25
88377

Mühlbäckerei Karl Herrmann
Mühlstraße 37 - Telefon 842
88442

Nich. Gärtner / Gärtnerei, Blumen-
geschäft / Am evang. Friedhof. Tel. 11
88443

TEPPICHE - LINOLEUM
Dolf Ernst, an der katholischen Kirche
88341

H. Wieland, Ring 5, Eingang Bäckerstr.
Molkereiprodukte
88444

Kaffee- und Konditorei am Sonnenplatz
Herrn Gebauer
88378

Fahrradhandlung
Friedrich Raizler, Auenstraße 48
Reparaturwerkstatt
88353

A. Birke :: Kolonialwaren
Kriegerstraße 6a
88369

Waldenburger
Schokoladenhaus
(trüher Otto), Ring 1, Joh. F. Lindner
Alleinverkauf von echt Bayerischem
Biod-Milzander
88352

O. Korn :: Friedländer Str. 7
Nur gute
Herren- und Knabenbekleidung
Alleinverkauf der Firma
Louis Rosberg, Bielefeld
88349

Mifa
Das Markenrad ab Fabrik
Fabrikverkaufsstelle, Fürstensteiner Str. 27
88340

Das Haus der Geldente
Kaufhaus Sonnenplatz
88358

Kaufhaus Max Holzer
Friedländer Str. 10
88350

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

Das Haus der Geldente
Kaufhaus Sonnenplatz
88358

Kaufhaus Max Holzer
Friedländer Str. 10
88350

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

Das Haus der Geldente
Kaufhaus Sonnenplatz
88358

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

Das Haus der Geldente
Kaufhaus Sonnenplatz
88358

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

J. Conrad - Joh. F. Schöpe
Fürstensteiner Straße 42
Damen- u. Herrenkonfekt. / Wäschehaus
84434

Molkerei „Gottesberg“
empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte
Schützenstraße 8
84448

Paul Feige, Gräfauer Straße 4
Filiale: Friedland, Schwednitzer Straße 18
Kolonialwaren - Konfitüren - Zigarren
Espirituosen
84451

Karl Martin, Fürstensteiner Str. 33
Rohschlächterei
Friedenau, Rosenauer Straße
84433

Weißstein
August Teuber, Hauptstraße 124
Molkereigeschäft
84643

M. Lind. Hauptstraße 170
Textil- und Arbeiterbekleidung
84649

Karl Köhler, Hauptstraße 170
Herrenartikel - Rauchwaren
84648

Ernst Rante, Salzbrunner Straße 46
Reife, Partien, Trikotagen, Strumpfwaren
84632

Willy Heine, Hauptstraße - Kolonialwaren
Brot-, Süßwaren, Schokoladen und Tabake
Sämtliche Schulbücher am Lager
84635

Elfa Haupt, Hauptstraße 160
Spezialgeschäft f. Reife u. Schnittwaren
84639

Kaufhaus Graeber
Textilhaus und Küchengeräte
84640

Drogerie Paul Heilig
Drogen, Farben, Seifen
84641

Paul Rother, Hauptstraße 150
Bäckerei / Konditorei
84642

Kaufhaus R. Hanke
Hauptstraße 115
84644

H. Krause - Joh. M. Krutz
Weiß-, Wollwaren, sämtl. Kolonialwaren
84645

Anna Rajolowsky - Hauptstraße 94
Weiß-, Woll- und Schnittwaren
84646

Karl Biehmer, Hauptstraße 129
Möbel - Haus- und Küchengeräte
Polsterwaren - Kinderwagen - Uhren
84638

Wilhelm Schweitzer u. Sohn
Schuhwaren und Leder
Reißen, Bad Salzbrunn, Gottesberg
84638

„Deutsches Haus“ / Def. G. Berger
empfiehlt seine Lokaltitäten / großer u.
kleiner Saal / Gesellschaftsaal f. Ver-
eine und Hochzeiten unentgeltlich
84637

Bergland-Drogerie
H. Heilmann
Farben - Paste - Pinsel
88447

Bergland-Drogerie
H. Heilmann
Farben - Paste - Pinsel
88447

Bergland-Drogerie
H. Heilmann
Farben - Paste - Pinsel
88447

Bergland-Drogerie
H. Heilmann
Farben - Paste - Pinsel
88447

Bergland-Drogerie
H. Heilmann
Farben - Paste - Pinsel
88447

Fellhammer-Nord
Heinrich Böhm - Nr. 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84481

Willy Linde, Nr. 3
Bäckerei u. Kolonialwaren
84480

Paul Meier, Nr. 2
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84429

Fellhammer-Süd
Friedr. Stelzer, Hauptstr. 32
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84432

Ober-Hermsdorf
Gustav Schiller
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84465

Gustav Stelzer, Ober-Hermsdorf 36
ff. Fleisch und Wurst
84454

Kurt Scharf, Hauptstraße 8
ff. Fleisch- und Wurstwaren
84456

Riebeth / Bäckerei
84425

Bäckerei Carl Schroll
84427

Paul Krumschmidt
Lebensmittel - Vorkost
84426

Lebensmittel - Arbeiterbekleidung
Otto Bieder, Dorfstraße 52
84425

Nieder-Hermsdorf
Paul Scholz / Fahrräder
Nähmaschinen und Sprechapparate
88343

Ida Zwitener, Hauptstraße 29
Reife - Partiewaren - Bettfedern
Rein Waschen
88344

Hermann Schubert
Spezialgeschäft f. Konfektion u. Schuhwaren
88345

M. A. Opitz / Gottesberger Straße 6
Kolonialwaren - Delikatessen
88346

Hermsdorfer Kaffee- und Friseurkaffee
Waldenburger Straße 1
88347

HERMANN BRETSCHNEIDER
Mühlensfabrikation
Lebensmittel
88348

Hermsdorfer Tanzdiel
Gasthof „Der Barmherzige“
empfiehlt seinen Saal für Versammlungen
und Beerdigungen
88367

Lebensmittel / Weiß- und Wollwaren
Restehaus F. Hornich
Joh. F. Häusler
88342

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

R. KARSUNKY & CO.
MÖBEL
Waldenburg - Ring 10
88352

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337

Milchversorgung Gross-Waldenburg
Gute Molkerei des Jahnplatzgebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. N. d. Gesundheitsamtes
Milch, Flaschenmilch u. sämtl. Molkereiprodukte
von meinen Milchwagen und den Filialen
Schönfelder, Friedberger Straße 15, und Neu-
Waldenburg, Hermannstraße 13
88337